



Foodfirst

FIAN DEUTSCHLAND
FÜR DAS MENSCHENRECHT
AUF NAHRUNG

AUSGABE 4/2023

Editorial

Liebe FIAN-Mitglieder, liebe Interessierte,

ein anspruchsvolles, aber auch erfolgreiches Jahr liegt hinter uns. FIAN begleitete mehrere Delegationen von Betroffenen durch Europa, das Team konnte Recherchereisen durchführen, unsere Lobbyarbeit ermöglichte es vielen Menschen, ihr Recht auf Nahrung durchzusetzen, und wir haben viele gut besuchte Veranstaltungen und Aktionen organisiert. All dies wäre nicht ohne die tatkräftige Unterstützung vieler FIANista möglich gewesen. Wir möchten uns bei allen treuen Mitgliedern und Spendenden, unseren engagierten Ehrenamtlichen sowie der nimmer müden Geschäftsstelle ganz herzlich bedanken!

Ein brisanter neuer FIAN-Fall: In Tansania stehen Tausende von Maasai vor dem Verlust ihrer Lebensgrundlagen. Dieser Konflikt zeigt erschütternd, wie unter dem Deckmantel des Naturschutzes Vertreibungen legitimiert werden. Er verdeutlicht auch die bis heute reichenden Spuren der deutschen Kolonialherrschaft, in der die starren Konzepte von Nationalparks ohne Menschen geschaffen wurden. Ein Beispiel unter vielen, wie koloniale Strukturen weiterwirken.

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit hat sich hehre Ziele gesteckt, um Ungleichheiten zu beseitigen. Doch ist die EZ nun gerechter geworden? Wie steht es mit den viel beschworenen Partnerschaften auf Augenhöhe? Welche Auswirkungen hat die Verschuldung des Südens (ein Schwerpunkt in diesem Heft)? Auch unsere Arbeitsweisen und Haltungen wollen wir kritisch hinterfragen: Was bedeutet ‚postkolonial‘ für FIAN? Mit postkolonialen Strukturen in der EZ werden wir uns daher in der Mitgliederversammlung am 26. bis 28. April in Kassel auseinandersetzen, zu der wir Euch herzlich einladen. Übrigens: ab sofort erlassen wir die Teilnahmegebühren für Studierende und Azubis.

Herzliche Grüße und erholsame Feiertage wünschen

Dr. Friederike Diaby-Pentzlin und Raphael Göpel für den Vorstand von FIAN Deutschland



Schuldenberge im Globalen Süden

Treiber für Hunger, Krisen und kaputte Ernährungssysteme

Weitere Themen im Heft:

Recherchereise in Indonesien; neues Ernährungsgesetz in Argentinien; Interview mit FIAN Sri Lanka; Schulverpflegung in der EU; FIAN als Sachverständige im Bundestag; Mikrofinanz: OECD-Beschwerde gegen Oikokredit; Bericht zum Fall Payco in Paraguay; UN Special Rapporteur bei FIAN Honduras

Landpolitik: FIAN als Sachverständige im Bundestag

FIAN berichtete am 27. September im Entwicklungsausschuss des Bundestages über die Landpolitik der Bundesregierung. Roman Herre kritisierte dabei die bis heute einseitige Ausrichtung der Entwicklungspolitik auf private Landtitel nach westlichem Vorbild. Die Verbesserung traditioneller Landrechtssysteme sollte nach Ansicht von FIAN deutlich mehr Gewicht bekommen. Zwar ist die Priorisierung gefährdeter und marginalisierter Gruppen in der Landpolitik völkerrechtlich ausbuchstabiert, wird jedoch in Entwicklungsprojekten kaum umgesetzt. Oft würde lediglich versucht, negative Auswirkungen auf diese Gruppen zu reduzieren. Dies reicht menschenrechtlich nicht aus.

Erschwert wird eine Bewertung der Landpolitik durch eine hohe Intransparenz der Entwicklungspolitik. Selbst den von den Projekten betroffenen Bevölkerungsgruppen vor Ort werden Informationen wie Projektbudgets oder Umwelt- und Sozialpläne vorenthalten – wie in dem von FIAN begleiteten Fall der Maasai in Tansania.

Angesichts unterschiedlicher Bewertungen unterstützte die GIZ den Vorschlag von FIAN, die deutsche Landpolitik durch



das Evaluierungsinstitut DEval bewerten zu lassen. Eine ausführliche Stellungnahme von Roman Herre ist auf der website des Bundestags oder bei FIAN erhältlich.

Kambodscha: Beschwerdeverfahren gegen Oikocredit und IFC werden weitergeführt

Am 15. September entschied die niederländische Kontaktstelle für verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln (NKS) nach einer Vorprüfung der Beschwerde gegen Oikocredit, dass diese ausreichend begründet ist und weiterverfolgt wird. Der Mikrofinanz-Investor wird beschuldigt, zu Menschenrechtsverletzungen im kambodschanischen Mikrofinanzsektor beigetragen zu haben. Die Beschwerde war im Dezember 2022 von FIAN Deutschland und zwei kambodschanischen Menschenrechtsorganisationen, LICADHO und *Equitable Cambodia*, eingereicht

worden. In der nächsten Phase findet eine vertrauliche Mediation unter der Leitung der NKS statt.

Schon im August entschied die unabhängige Ombudsstelle der Weltbank-Tochter IFC, eine umfassende Untersuchung durchzuführen. LICADHO und *Equitable Cambodia* hatten dort im Februar 2022 ebenfalls eine Beschwerde eingereicht. Die Untersuchung umfasst mehrere Kreditinstitute und Fonds, die zum Teil auch von deutschen Entwicklungsbanken und privaten Investoren finanziert werden.

Honduras: UN Sonderberichterstatter bei FIAN



Der UN-Sonderberichterstatter zu Klima & Menschenrechten, Ian Fry, hat im September Honduras besucht. Im Gespräch mit zahlreichen Gemeinden aus mehreren Regionen und begleitet von unserer Schwestersektion FIAN Honduras, konnte sich Ian Fry ein eindrückliches Bild der Lage machen: Der Anstieg des Meeresspiegels zusammen mit der Zunahme von Extremwetterereignissen als Folge des Klimawandels beeinträchtigt eine Vielzahl von Menschenrechten, darunter die Rechte auf Wasser und Sanitärversorgung, Nahrung, eine gesunde Umwelt und Wohnung. Das agrarindustrielle Modell, das auf den Export in Länder des globalen Nordens ausgerichtet ist, befeuert zugleich die Umweltzerstörung. Um Hunger und Armut zu entgehen sind viele Menschen zur Flucht gezwungen, mit den damit verbundenen Gefahren und der damit einhergehenden Schwächung des sozialen Gefüges. Am Ende seines Besuchs forderte Ian Fry von den großen Verursachern von Treibhausgasemissionen, die volle Verantwortung für die von ihnen verursachten Schäden zu übernehmen und sich nicht ihrer Verpflichtungen zur Kompensation von Verlusten zu entziehen. In Frühjahr wird Fry dem UN-Menschenrechtsrat einen Bericht zur Mission vorlegen.

BFD: Verabschiedung von Sarah und Suche nach neuen Freiwilligen

Viele Mitglieder haben sie kennengelernt: 15 Monate lang hat Sarah Widdig engagiert und kompetent die Arbeit der Geschäftsstelle unterstützt. Schon in ihrem Studium der *International Relations* hatte sie sich intensiv mit Menschenrechten befasst, so dass sie viel Fachkompetenz und Ideen mitbrachte. Einer der Höhepunkte ihres Freiwilligendienstes war sicher die Vorbereitung und Begleitung der Maasai-Delegation im Juni. Zwar lassen wir sie nur ungern ziehen, freuen uns aber, dass sie (wie ihre Vorgänger*innen) unmittelbar eine feste Stelle gefunden hat. Hierzu Sarah: „Der Bundesfreiwilligendienst bei FIAN war für mich ein sehr bereichernder Schritt meiner Ausbildung. Ich konnte mein Wissen praktisch anwenden und vertiefen. Im Team wurde ich direkt als Kollegin aufgenommen. Insgesamt habe ich wertvolle Erfahrungen gesammelt, die mich gut auf meinen Berufseinstieg vorbereitet haben. FIAN setzt sich für die Einhaltung von Menschenrechten über Grenzen hinweg ein, und ich bin sehr froh für eine Weile Teil davon gewesen zu sein.“

Im kommenden Frühjahr/Sommer ist die Bundesfreiwilligenstelle bei FIAN erneut zu besetzen. Wir bitten um Unterstützung bei der Suche. Die Stelle bietet sich besonders nach einem Studienabschluss als Berufseinstieg an.



Abschiedsfeier: Sarah (L.) mit ihrem Nachfolger Jan Dreier

Brasilien: Präsident Lula in Berlin

Anfang Dezember reiste Brasiliens Präsident Lula zu Regierungskonsultationen nach Berlin. Der Austausch ist Teil der strategischen Partnerschaft zwischen Deutschland und Brasilien und sollte die Zusammenarbeit in den Bereichen Energie, Umwelt, Klima und Handel befördern. Deutsche zivilgesellschaftliche Organisationen, darunter FIAN, hatten sich im Vorfeld mehrfach mit dem Entwicklungsministerium (BMZ) getroffen. Zu den Themen gehörten die Achtung von Menschenrechten bei der Energiewende, der Schutz des Amazonas und anderer Ökosysteme (z. B. des Cerrado) sowie die Notwendigkeit einer Agrarpolitik, die auf Ernährungssouveränität statt auf Exporten basiert, um das Recht auf Nahrung in Brasilien zu gewährleisten. Darüber hinaus nutzte die Zivilgesellschaft den Besuch, um von der deutschen Regierung die Umsetzung des angekündigten Exportverbots für gesundheitsschädliche Pestizide einzufordern sowie um vor den schwerwiegenden Folgen zu warnen, die das Mercosur-Abkommen für die Rechte der Bürger*innen in beiden Regionen haben würde.

Jetzt anmelden:

Multiseminar „Bildungsmethoden zum Menschenrecht auf Wasser“

Was genau bedeutet es, dass der Zugang zu Wasser ein Menschenrecht ist? FIAN hat hierzu ein Planspiel und eine Reihe begleitender partizipativer Methoden entwickelt. FIAN lädt vom 15. bis 17. März herzlich zum Multiplikator*innenseminar in die Jugendherberge Bonn ein. Neben der praktischen Anwendung der Methoden erwerben die Teilnehmenden Hintergrundwissen zum Recht auf Wasser.

Ziel des Workshops ist es, die verschiedenen Methoden eigenständig mit einer Gruppe durchführen zu können. Die Kosten für Anfahrt, Unterkunft und Teilnahme werden von FIAN übernommen.

Für Anmeldungen und Informationen bitte melden bei:
barbara.lehmann-detscher@fian.de / m.henn@fian.de

Paraguay: Neuer FIAN-Bericht zu Agrarinvestor PAYCO

FIAN hat im Oktober einen 20-seitigen Bericht veröffentlicht. Im Fokus stehen Entwaldungen sowie das Verhältnis der PAYCO-Farmen zu benachbarten Gemeinden. Untersucht wurde jeweils der Zeitraum seit der Beteiligung der deutschen Entwicklungsbank DEG im Jahr 2013 bis Ende 2021. FIAN konnte im Einflussbereich aller Farmen indigene und bäuerliche Gemeinden identifizieren, die in den offiziellen Berichten von PAYCO keine Erwähnung finden. Es wurden klare Indizien gefunden, dass national und international verankerte Rechte auf Land und natürliche Ressourcen verletzt werden. Zudem zeigen die Recherchen, dass PAYCO mehrere Tausend Hektar Wald gerodet hat und sich Landgüter angeeignet hat, die wenige Jahre vor dem Einstieg der DEG fast vollständig gerodet wurden. Nicht zuletzt wurde festgestellt, dass einige PAYCO-Farmen in hochsensiblen Öko-Gebieten liegen. Die Risiken wurden in den PAYCO-Berichten nicht erläutert. FIAN versucht seit vielen Jahren, Licht ins Dunkel der Investition zu bringen. Aktuell läuft eine Auskunftsklage gegen die KfW und ihre Tochtergesellschaft DEG zur Herausgabe der Umwelt- und Sozialberichte. FIAN hat das Verfahren in erster Instanz gewonnen. Die Recherchen verstärken den Verdacht, dass bei dem Projekt Menschenrechte und Umweltschutzstandards missachtet wurden.



Die Entwicklungsbank DEG als Großgrundbesitzer:

Der Fall PAYCO (Paraguay)

2023

Staatsschulden und nicht-nachhaltige Ernährungssysteme – ein Teufelskreis

von Jan Dreier

Der Globale Süden befindet sich in einer gewaltigen Schuldenkrise. Internationale und nationale Gläubiger verlangen Rückzahlungen in Höhe von rund neun Billionen US-Dollar – eine nicht zu stemmende Last, die fünfmal so groß ist wie noch vor 20 Jahren. Die Konsequenzen für die Bevölkerung sind Armut und Ernährungsunsicherheit.

„Die Staaten des Globalen Südens haben sich ihre Überschuldung aufgrund von Misswirtschaft und Korruption selber zuzuschreiben“. So oder so ähnlich lauten die vorherrschenden Narrative zum Thema Staatsverschuldung. Dass dies jedoch eine stark verkürzte Erklärung ist, welche deutlich schwerer wiegende Gründe für die anhaltende Verschuldung anerkennt, lässt sich am Beispiel Jamaikas gut illustrieren:

Im Jahr 2013 erhielt das karibische Land vom Internationalen Währungsfonds (IWF) einen Kredit in Höhe von einer Milliarde US-Dollar – explizit mit dem Verwendungszweck, damit bestehende Schulden abzubezahlen. Das Paradoxe daran: Zu diesem Zeitpunkt hatte Jamaika mit 19,8 Milliarden US-Dollar bereits mehr Geld an den IWF zurückgezahlt als die ursprünglich geliehenen 18,5 Milliarden. Die Spielregeln des internationalen Schuldensystems besagen jedoch, dass Jamaikas Regierung dem IWF aufgrund von Zinsen und Zinseszinsen weitere 7,8 Milliarden US-Dollar „schuldet“ – eine schier endlose Spirale, aus der sich das Land ohne einen Schuldenschnitt nicht befreien kann. Für die Menschen in Jamaika – und in allen anderen hochverschuldeten Staaten des Globalen Südens – hat dies ganz konkrete Auswirkungen. Der IWF zwingt Jamaikas Regierung, das Wohl der eigenen Bevölkerung dem Schuldendienst unterzuordnen und doppelt so viel Geld für die Schuldentilgung auszugeben wie für Bildung und Gesundheit zusammen. Zu der Entwicklung tragen zunehmend auch Schulden bei privaten Gläubigern bei. In Sambia beispielsweise ist die Verschuldung beim Finanzgiganten Blackrock ein wesentlicher Faktor dafür, warum das Land 2021 mehr als die Hälfte seines Nationaleinkommens für die Tilgung von Schulden aufgewendet hat.

Export zu produzieren. Bis zum Ende der Kolonialzeit Mitte des 20. Jahrhunderts bestimmten so nur einige wenige – überwiegend unter Zwangsarbeit produzierte – Pflanzenarten und Rohstoffe die Ökonomie dieser Länder.



Jamaika: Ausgebeutete Arbeiterinnen auf einer Zuckerrohrplantage 1899 (© New York Public Library)

Da die Wirtschaft in diesen Staaten auch nach der Kolonialzeit stark auf den Export ausgerichtet war, traf sie die Ölkrise in den 1970er Jahren mit voller Härte. Der massive Anstieg der Ölpreise führte zu einem Einbruch der Exporte. Die Kosten für Importe – unter anderem Nahrungsmittel – schossen in die Höhe. Viele Staaten sahen keinen anderen Ausweg, als Kredite bei den dominanten internationalen Finanzinstitutionen, dem IWF und der Weltbank, aufzunehmen.

Es folgten die sogenannten Strukturanpassungsprogramme der 1980er Jahre, mit denen die Finanzinstitutionen umfassende neoliberale Umstrukturierungen durchsetzten. Für neue Kredite – die benötigt wurden, um bestehende Schulden abzuzahlen – forderten der IWF und die Weltbank von den Schuldnerstaaten, Subventionen für Grundnahrungsmittel zu streichen, Landwirtschaftsprogramme zu beenden, öffentliche Dienstleistungen wie die Wasserversorgung zu privatisieren, öffentliche Gehälter stark zu kürzen und die Währung zu entwerten. Das Ergebnis war ein Anstieg der Armut, durch die viele Menschen in die Ernährungsunsicherheit rutschten.

Die Bedeutung von Staatsschulden für Ernährungssysteme

Die heute hoch verschuldeten Länder haben sich von diesen Strukturanpassungsmaßnahmen nie wieder erholt. Der Zinsezinseneffekt, kontinuierlich steigende Zinsen und Schocks wie COVID-19, welche die öffentlichen Ausgaben in die Höhe trieben, ziehen eine ständig wachsende Schuldenlast nach sich. Was aber hat diese Schuldenkrise mit nicht-nachhaltigen Ernährungssystemen zu tun? Ein wichtiger Aspekt ist die Fremdwährungsbindung. Wieder auf das Beispiel Jamaika bezogen bedeutet diese, dass Jamaika seine Schulden ausschließlich in US-Dollar zurückzahlen muss, weil der Kredit des IWFs in ebenjener Währung vergeben wurde.



Der Internationale Währungsfonds – einer der größten Gläubiger weltweit (© IMF)

Nach dem Kolonialismus ist vor der Strukturanpassung: Globaler Süden bleibt Peripherie

Doch wie gerieten Länder wie Jamaika und Sambia überhaupt in diese Schuldenfalle? In vielen Ländern des Globalen Südens begann alles mit der Zerstörung kleinbäuerlicher Strukturen und deren Ersatz durch Plantagensysteme. Europäische Kolonialherren richteten die Wirtschaft fortan allein darauf aus, landwirtschaftliche Erzeugnisse und andere Rohstoffe für den

An dieser Stelle offenbaren sich die Zusammenhänge zwischen Staatsschulden und nicht-nachhaltigen Ernährungssystemen am deutlichsten. Denn viele Staaten besitzen kaum US-Dollar oder andere "starke" Währungen. Eine der wenigen Möglichkeiten, wie sie solche "starke" Währungen generieren können, besteht darin, Güter auf dem Weltmarkt zu verkaufen. Viele hochverschuldete Regierungen des Globalen Südens sehen hierfür den einfachsten Weg über den Export landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Im Ergebnis setzen viele Staaten zur Ernährung der Bevölkerung auf Nahrungsimporte, welche wiederum durch Nahrungsmittelexporte finanziert werden. Diese Rechnung geht jedoch meistens nicht auf. So haben sich laut Welthandelsorganisation die Ausgaben für Nahrungsimporte der ärmsten Länder der Welt in den letzten fünfundzwanzig Jahren mehr als verzehnfacht – von etwa sechs Milliarden US-Dollar 1997 auf über 60 Milliarden 2022. Die Exporterlöse dagegen sind nur von etwa fünf Milliarden auf 30 Milliarden US-Dollar gestiegen.

Gefährdung des Rechts auf Nahrung durch „Export-Import-Ernährungssysteme“

Die Finanzierung von Nahrungsmittelimporten und damit die Ernährung der Bevölkerung steht also in direkter Konkurrenz zur Schuldentilgung. Ob ein solcher Staat das Recht auf Nahrung für seine Bürger*innen gewährleisten kann, hängt einerseits davon ab, welchen Schwankungen die Nahrungsmittelpreise auf dem Weltmarkt unterliegen und andererseits davon, wie hoch die Schuldentrückzahlungen sind, die von ihm gefordert werden. Hinzu kommt, dass sich viele Staaten abhängig gemacht haben von synthetischen Düngemitteln, Pestiziden und Hybridsaatgut, um dem Exportdruck mit dem Anbau von industriellen Monokulturen gerecht zu werden. Da auch diese teuer erstanden werden müssen, belaufen sich in einigen Ländern die Ausgaben für Agrarchemikalien mittlerweile auf bis zu einem Viertel des öffentlichen Haushalts, mit steigender Tendenz. In Ländern wie Indien, Kenia und den Philippinen ist daher neben der Schuldenfalle ebenfalls die Rede von einer Düngemittelfalle. Aber auch unabhängig von diesen Faktoren haben „Export-Import-Ernährungsmodelle“ gravierende Implikationen für das Recht auf Nahrung. Eines der grundlegendsten Probleme manifestiert sich in der Landnutzung. Denn der Anbau von Massenexportgütern beansprucht riesige Flächen, die nicht mehr für die Ernährung der eigenen Bevölkerung zu Verfügung stehen. Zudem beansprucht dieser Anbau oftmals den Großteil der ohnehin kleinen öffentlichen Agrarbudgets. In Sambia zum

Beispiel gehen etwa 70 Prozent des Agrarhaushaltes in die Subventionierung von Dünger und Hybridsaatgut. Kleinbäuer*innen, die eigentlich für die Ernährung der Menschen sorgen, werden von ihrem Land zugunsten der Agrarindustrie verdrängt. Die Artenvielfalt sowie Nahrungsmittel, die traditionell zur Ernährung der Bevölkerung gedient haben, gehen verloren.

„Unsere Regierungen werden finanziell ausgehungert und können nicht die nachhaltigen Ernährungssysteme aufbauen, die wir brauchen, um uns selbst zu ernähren.“

Transformation der Ernährungssysteme durch Schuldenschnitt

Der kontinuierliche Schuldendienst in Verbindung mit den nicht-nachhaltigen Export-Import-Ernährungssystemen sind entscheidende Gründe dafür, dass in den meisten hochverschuldeten Staaten des Globalen Südens ein großer Teil der Bevölkerung in Ernährungsunsicherheit lebt. Um diesen Teufelskreis zu durchbrechen, braucht es dringend eine Transformation der Ernährungssysteme – weg von der Abhängigkeit von Nahrungsimporten und Agrarchemikalien hin zu Agrarökologie und Ernährungssouveränität.

Doch aufgrund der Schuldenfalle und dem beständigen Druck, Fremdwährungen zu generieren, können die Staaten diese Transformation nicht angehen: „Die [...] Ernährungssysteme vieler afrikanischer Länder stehen kurz vor dem Zusammenbruch. Wir haben keine Wahl, als immer teurer werdende Grundnahrungsmittel zu importieren, während der Klimawandel unsere Ernten zerstört und Schuldenzahlungen außer Kontrolle geraten. Unsere Regierungen werden finanziell ausgehungert, sodass sie nicht die nachhaltigen Ernährungssysteme aufbauen können, die wir brauchen, um uns selbst zu ernähren“, so der Wirtschaftsexperte Million Belay von IPES-Food, einem internationalen Expert*innengremium. Damit die dringend erforderliche Transformation der Ernährungssysteme in Gang gesetzt werden kann und die Länder des Globalen Südens ihre Ernährungssouveränität (wieder)erlangen können, muss der erste Schritt ein umfassender Schuldenschnitt sein.

IPES-Food, 2023. Breaking the cycle of unsustainable food systems, hunger, and debt.



Werbetafel für synthetische Düngemittel in Sambia



Sitzblockade von Debt for Climate vor dem Bundesfinanzministerium (© Stefan Müller)

„Schulden liegen in der DNA des Globalen Südens“

Gespräch mit Debt for Climate

Debt for Climate setzt sich für die Streichung von Staatsschulden der Länder im Globalen Süden ein. Zudem fordern sie vom Globalen Norden, ihre Klimaschulden an die Länder des Globalen Südens zu begleichen. Esteban Servat aus Argentinien und Louise Wagner aus Deutschland sind zwei Führungspersonen der Bewegung. Im Interview sprechen sie über die Zusammenhänge zwischen Schulden, Klimawandel und Hunger.

Was haben Schulden mit dem Klimawandel zu tun?

Esteban: Menschen wie ich, die aus dem Globalen Süden kommen, erleben Jahrzehnt um Jahrzehnt, wie unsere Länder unsere natürlichen Ressourcen plündern, weil die Staatsschulden sie dazu zwingen. Es werden ganze Landstriche geopfert, aus denen Öl, Gas und viele andere Rohstoffe in den Globalen Norden exportiert werden. Der finanzielle Würgegriff ist ein Werkzeug, durch das die ehemaligen Kolonialmächte der G7-Staaten über die von ihnen dominierten Finanzinstitutionen des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank die alten kolonialen Beziehungen aufrechterhalten.

Louise: Staatsschulden befördern diese neokolonialen Strukturen, da die Länder des Globalen Südens die Schulden gegenüber ausländischen Gläubigern haben und es ihnen nicht erlaubt wird, die Schulden in ihrer eigenen Währung zurückzuzahlen. So müssen sie ihre Ressourcen abbauen und sie auf dem Weltmarkt für US-Dollar oder eine andere hegemonische Währung verkaufen. Erst mit diesen Devisen können sie ihre Schulden abbezahlen. Dazu kommen viele Fälle, in denen Länder über die Gesamtsumme der gezahlten Zinsen bereits mehr als die eigentliche Schuldensumme bezahlt haben und trotzdem weiterhin dazu gezwungen werden, ihren Schuldendienst zu tätigen.

Könnten Länder nicht einfach aufhören, ihre Schulden zu bezahlen?

E: Sie könnten es. Aber niemand will enden wie Thomas Sankara, der als Präsident von Burkina Faso zu einer gemeinsamen Front gegen Staatsschulden aufgerufen hatte und dafür umgebracht wurde. Ich denke, es ist unsere Aufgabe als soziale Bewegung, das Spektrum der Möglichkeiten zu erweitern, öffentlichen Konsens aufzubauen und auf internationaler Ebene den Druck zu erhöhen, so dass mehr Länder in Erwägung ziehen können, ihren Schuldendienst zu unterlassen. Aber es muss eine gemeinsam koordinierte Zahlungsunterlassung sein. Du kennst das

Sprichwort: „Wenn Du der Bank eine Million schuldest, steckst Du in Schwierigkeiten. Aber wenn Du der Bank 100 Millionen schuldest, steckt die Bank in Schwierigkeiten“. Das heißt, wenn du das einzige Land bist, das sich weigert, seine Schulden zurückzuzahlen, dann bist du verloren. Du fällst aus dem System heraus und hast keinen Zugang mehr zu finanziellen Mitteln. Aber wenn sich viele Länder zusammentun, dann bringt es das ganze System ins Wanken.



Argentinien: Debt for Climate demonstriert 2022 mit Gewerkschaften.

Welche Rolle spielt Deutschland bei all dem?

L: Deutschland ist die viertgrößte Stimmkraft sowohl innerhalb des IWF als auch der Weltbank, zwei der größten Gläubiger weltweit. Deutschland hat also eine sehr mächtige Position in der globalen Wirtschaftsordnung.

Und im Koalitionsvertrag stehen zwei entscheidende Punkte: erstens, die Anerkennung der Dringlichkeit der Schuldenkrise. Und zweitens, die Notwendigkeit, sich mit der eigenen Kolonialgeschichte auseinanderzusetzen. Dabei ignoriert die Bundesregierung jedoch vollkommen die Fortführung (neo-)kolonialer Machtbeziehungen durch ihre Rolle in den genannten Finanzinstitutionen. Denn anstatt die Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte ernsthaft anzugehen und sich für die Entschuldung der Staaten des Globalen Südens einzusetzen, stellt sie immer wieder nur China als Sündenbock hin und entzieht sich ihrer eigenen Verantwortung.

Wie geht ihr als Bewegung gegen diese Probleme vor? Wie sehen eure Aktionen aus?

L: Zum Beispiel waren wir im August 2022 beim Tag der offenen Tür des Finanzministeriums und konfrontierten Christian Lindner. Wir fragten ihn, ob er die Entschuldung des Globalen Südens beim Jahrestreffen des IWF und der Weltbank in Washington fordern würde. Vor unserer laufenden Kamera sagte er einfach: ja. Natürlich hat er das dann in Washington nicht gemacht. Also fragten wir ihn bei seiner Wiederkehr, warum er



Louise Wagner (mit Megaphon)

sein Versprechen nicht eingelöst habe. Er versuchte, unseren Protest zu delegitimieren, indem er fälschlicherweise sagte, er tue ja schon, was wir von ihm fordern. Anscheinend hatten wir aber einen Nerv bei ihm getroffen. Denn mit seinem persönlichen Twitter-Account hat er unsere Aktion geteilt und uns auf diese Weise eine viel größere Sichtbarkeit verschafft. Als nächsten Schritt luden wir ihn ein, um ihm die Chance zu geben, sich gegenüber unseren Mitstreiter*innen aus dem Globalen Süden zu erklären. Natürlich kam er nicht.

Also organisierten wir am 27. Februar diesen Jahres, dem 70. Jahrestag des Schuldenerlasses gegenüber Deutschland 1953, einen globalen Protest. In Deutschland und vor deutschen Botschaften in 25 Ländern starteten wir Aktionen mit einer gemeinsamen Forderung an die Bundesrepublik: die Streichung der Schulden der Staaten des Globalen Südens, welche es dem hoch verschuldeten Nachkriegsdeutschland einst ermöglichten, aus der Schuldenfalle zu kommen und das sogenannte Wirtschaftswunder in Gang zu setzen.

Wie sah dieser Schuldenschnitt aus?

Damals erhielt Deutschland, unter anderem aufgrund der Zustimmung von heute hoch verschuldeten Ländern wie Argentinien, Pakistan, Sri Lanka und Südafrika, einen Erlass von über 50 Prozent der Staatsschulden. Der Erlass galt Krediten aus der Zeit vor, während und nach dem 2. Weltkrieg. Dazu kommt, dass Deutschland seine Schulden in der eigenen Währung zurückzahlen durfte und nie mehr Schulden zahlen musste, als dass es seiner eigenen Wirtschaft geschadet hätte. Keinem der Länder aus dem Globalen Süden wurden solche Konditionen je gewährt. Was auch nicht unerwähnt bleiben darf: Der Verhandlungsführer damals war Hermann Josef Abs, einer der einflussreichsten Banker Nazi-Deutschlands. Unsere Frage ist: Wenn das damals sogar für das Land möglich war, das den Holocaust und den zweiten Weltkrieg zu verantworten hatte, warum können dann heute nicht die Schulden des Globalen Südens gestrichen werden?

Wie wirkt sich die Staatsverschuldung auf die Ernährungssituation und das Leben der ländlichen Bevölkerung aus? Sind Kleinbäuer*innen auch Teil eurer Bewegung?

L: Ja. Zum Beispiel arbeiten wir mit Kleinbäuer*innen und Fischer*innen aus dem Senegal zusammen, die massiv von den Politiken der Weltbank und des IWF betroffen sind. Das Land ist ein perfektes Beispiel dafür, dass Schulden ein Haupttreiber für die anhaltende Förderung fossiler Brennstoffe sind. Die Weltbank und der IWF drängen Senegal dazu, Öl und Gas zu fördern, um mit den eingespielten Devisen ihre Schulden abzubezahlen. Im Zuge dessen werden Kleinbäuer*innen von ihrem Land vertrieben. Fischer*innen verlieren ihre Lebensgrundlage aufgrund von Offshore-Bohrungen.

Debt for Climate versucht daher aufzuzeigen, dass es tatsächlich globale politische Entscheidungsträger*innen sind, die diese extraktivistischen Programme vorantreiben. Gleichzeitig besteht unsere Arbeit darin, Kleinbäuer*innen gegen das Schuldendiktat und für Schuldenstreichungen zu mobilisieren und organisieren. Denn diese sind besonders von den Folgen des Klimawandels und dem schuldengetriebenen Landraub betroffen. Überhaupt sind die Staatsverschuldung und der damit zusammenhängende Zwang, Dollars zu generieren,



13. Oktober: Aktion vor dem BMZ in Bonn

die treibende Kraft für die kontinuierliche Verdrängung der kleinbäuerlichen und vielfältigen Landwirtschaft zugunsten des monokulturellen Agri-Business und globaler Agrarlieferketten.

Was macht *Debt for Climate* als Bewegung so besonders?

E: Weißt du, Schulden liegen in der DNA des Globalen Südens. Deswegen ist es für uns sehr wichtig, über ein eigenes Medium zu verfügen, das uns ermöglicht, mit unseren Partner*innen in Europa auf Augenhöhe zu sprechen, anstatt um ihre Unterstützung betteln zu müssen. *Debt for Climate* ist genau solch ein Medium: Eine Bewegung aus dem Globalen Süden, angeführt von Menschen aus dem Globalen Süden mit unserer Art und Weise, die Dinge zu tun.

Es ist für uns wirklich sehr bestärkend zu wissen, dass unsere Stimmen zählen. Dass unsere Bewegung tatsächlich dabei hilft, strukturellen Wandel voranzutreiben und die Dekolonisierung mit einem ganz konkreten Mandat anzugehen.

Esteban Servat und Louise Wagner sind Teil der Bewegung Debt for Climate, bei der auch das Copyright für die abgedruckten Fotos liegt. Das Interview führte, übersetzte und redigierte Jan Dreier.



Esteban Servat (links) bei einer Aktion von Debt for Climate

Ecuador: Verschuldung bäuerlicher Familien

von Alexander Naranjo und Mario Macías (FIAN Ecuador)

Die ecuadorianische Agrarpolitik vernachlässigt die Bedeutung der Natur. Dies kann katastrophale Folgen für die bäuerliche Wirtschaft haben, zum Beispiel durch das vermehrte Auftreten von Pflanzenkrankheiten. Die mangelnde Berücksichtigung der Ökosysteme in den Agrarprogrammen Ecuadors führt auch zur Verschuldung bäuerlicher Gemeinden.

Die ecuadorianische Agrarpolitik konzentriert sich auf die Steigerung der Produktion und die kurzfristige Rentabilität. Bei der Einführung intensiver Anbaumethoden und dem Einsatz von Chemikalien werden jedoch die Bodengesundheit und die natürliche Widerstandsfähigkeit von Pflanzen meist vernachlässigt. Deutlich wurde dies 2016, als viele Bäuer*innen, die auf die Produktion von gelbem Hartmais gesetzt hatten, durch Pflanzenkrankheiten in große wirtschaftliche Schwierigkeiten gerieten.

Harter gelber Mais spielt als Futtermittel in der Geflügel- und Schweinezucht eine große Rolle. Im Jahr 2013 führte die Regierung ein nationales Saatgutprojekt ein („Plan Semillas“), um die Versorgung mit Hartmais zu gewährleisten. Der Staat bezuschusste einen Teil der Kosten für zertifiziertes Hohertragsaatgut, Pestizide und Düngemittel und arbeitete hierbei eng mit den fünf führenden Saatgut- und Pestizidunternehmen des Landes zusammen. Die Produkte wurden überwiegend importiert. Die Subventionen gingen jedoch nicht an die bäuerlichen Familien, sondern wurden direkt auf die Bankkonten der Unternehmen eingezahlt. Das bereitgestellte Saatgut war nicht an die örtlichen Gegebenheiten angepasst. Da es nicht gelagert und neu eingesät werden konnte, waren die Familien bei jeder neuen Aussaat von den Herstellern abhängig.

2016. Viele Landwirten waren zuversichtlich und erhöhten ihre Investitionen. Jedoch vernachlässigte der Staat die Pflanzenschutzkontrollen an der Grenze. Dies führte während der Aussaat 2016 zur Ausbreitung eines Virus namens „Tödliche Mais-Nekrose“. Die Ernteeinbußen wirkten sich unmittelbar auf die ohnehin prekäre bäuerliche Wirtschaft aus. Viele mussten sich bei öffentlichen und privaten Kreditinstituten verschulden. 2017 trat ein weiteres phytosanitäres Problem auf, diesmal durch neu aufgetretene Pestizidresistenzen des Knospen- und Heerwurms. Im März desselben Jahres musste das Landwirtschaftsministerium erneut einen Notfall für den Maissektor ausrufen. Mehr als 50.000 Familien waren betroffen, was einem Verlust von 40 Prozent der nationalen Produktion entsprach. Die Einbußen erhöhten ihre Verschuldung bei öffentlichen und privaten Banken, die ihre Zahlungen einforderten.

Hohe Zinssätze und Provisionen

2018 führten das *Centro Agrícola Cantonal de Quevedo* und FIAN Ecuador eine Umfrage im Kanton Mocache in der Provinz Los Ríos durch, um die Situation der verschuldeten Maisproduzenten zu untersuchen. Die hohen Zinssätze und Provisionen waren für die Familien zu einer erdrückenden Belastung geworden. Die Verschuldung schränkte auch die Möglichkeit ein, neue Kredite zu erhalten, die für eine erneute Aussaat benötigt wurden. Die befragten Personen berichteten, dass sie Opfer von Schikanen, gerichtlichen Klagen zur Einbehaltung von Vermögenswerten oder Erpressungen von informellen Kreditgebern wurden. Sie wurden vom nationalen Finanzsystem ausgeschlossen. Private Banken zwangen sie sogar, ihre Schulden zu refinanzieren – also neue Kredite zu schlechteren Konditionen aufzunehmen. In manchen Fällen wurden die ausstehenden Zahlungen auf andere Familienmitglieder übertragen. Ein konkreter Fall wurde in der Gemeinde Aguas Frías im Kanton Mocache dokumentiert. Die Verschuldung im Jahr 2015 betrug 760.000 Dollar (der US-Dollar ist Zahlungsmittel in Ecuador). Nach der Maiskrise lag sie bei 900.000 US-Dollar, was auf hohe Zinssätze, Verzugszinsen und Neuverhandlungen mit öffentlichen Banken zurückzuführen ist.

Dank bäuerlicher Proteste gelang es, die Schulden bei den öffentlichen Banken neu zu verhandeln, ohne künftige Kredite zu unterbinden. Jedoch wurden aus den Krisen keine Lehren gezogen. Die Vernachlässigung der natürlichen Ökosysteme in der Agrarpolitik hat weiterhin direkte Auswirkungen auf die bäuerliche Wirtschaft. Die daraus resultierende Verschuldung ist eine deutliche Erinnerung daran, dass Landwirtschaft, Gesundheit und Ökosysteme untrennbar miteinander verbunden sind. Ganzheitliche und naturverträgliche Ansätze schützen die Bäuer*innen nicht nur vor negativen wirtschaftlichen Auswirkungen, sondern legen auch den Grundstein für eine langfristig widerstandsfähigere und nachhaltigere Landwirtschaft.



Geernteter Hartmais

Pflanzenkrankheiten und Ernteeinbußen

Das Programm startete zunächst erfolgreich. Von 2013 bis 2015 kam es zu einem bemerkenswerten Anstieg der Produktion von 1,04 auf 1,87 Millionen Tonnen. Dieser scheinbare Erfolg führte zur Formulierung noch ehrgeizigerer Ziele für

Schuldenkrise macht Erreichung der nachhaltigen Entwicklungsziele unmöglich

von Malina Stutz

In 136 Ländern im Globalen Süden ist die Verschuldungssituation kritisch, in 40 davon sogar sehr kritisch. Unter anderem als Folge des enormen Mittelabflusses durch den Schuldendienst verfügen viele Länder nicht über genügend finanzielle Mittel für soziale Dienstleistungen. Die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung – darunter das Ziel, den Hunger bis 2030 weltweit zu beenden – sind ohne umfassende Schuldenerlasse nicht zu erreichen.

Die Schuldenkrise in den Ländern des Globalen Südens hat sich vor allem über die letzten zehn Jahre aufgebaut: Die Finanzkrise 2008 sorgte für schwächelnde Volkswirtschaften und extrem niedrige Zinssätze. Da die Anlagemöglichkeiten in Ländern des Nordens für private Kreditgeber wenig gewinnversprechend waren, wichen diese auf die Länder des Globalen Südens aus. Von diesen verlangten sie jedoch deutlich höhere Zinsen. Zunächst wuchs die Wirtschaft in vielen Niedrig- und Mitteleinkommensländern stark, sodass die Verschuldung im Verhältnis zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit in den ersten Jahren des Booms auf einem relativ konstanten Niveau blieb. Ab 2013 verschlechterte sich das Verhältnis jedoch. Seitdem steigt die Anzahl der kritisch verschuldeten Staaten Jahr für Jahr an.

Verschärfung der Schuldenkrise in drei Wellen

Der Einbruch der globalen Lieferketten und ganzer Wirtschaftsbereiche (u.a. des Tourismussektors) infolge der Corona-Pandemie führte zu einer Doppelbelastung der Staatshaushalte: Der Bedarf an öffentlichen Ausgaben unter anderem für Gesundheitsmaßnahmen stieg rasant an, während die öffentlichen Einnahmen einbrachen. Ein enormer Anstieg der öffentlichen Verschuldung war die Folge.

Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine führte zu einer Verknappung an Nahrungsmitteln und Energieprodukten. In Kombination mit Spekulationen von Hedgefonds und anderen Finanzakteuren sowie der Ausnutzung von Monopolstellungen der großen Energieunternehmen führte dies zu einer enormen Verteuerung dieser Güter. Infolge dessen waren Staaten dazu genötigt, noch umfassendere Kredite aufzunehmen, um die steigenden Kosten für die Importe aufbringen zu können.

Im März 2022 hat die US-amerikanische Zentralbank eine Zinswende eingeleitet und die Leitzinssätze kontinuierlich erhöht. Um die eigene Währung im Vergleich zum Dollar möglichst stabil zu halten und die Inflation zu bekämpfen, haben so gut wie alle großen Volkswirtschaften ebenfalls eine Wende in der Geldpolitik eingeleitet. In der Folge haben sich die Kreditaufnahmekosten für Länder im Globalen Süden massiv verschärft. Neben diesen drei zeitgebundenen Krisen spielen auch die Auswirkungen des Klimawandels eine entscheidende Rolle.

Extremwetterereignisse wie Dürren und Wirbelstürme nehmen infolge des Klimawandels stark zu. Nothilfe und Wiederaufbaumaßnahmen sind teuer und müssen häufig durch die Aufnahme weiterer Kredite finanziert werden.

„In Afrika sind die Schuldenzahlungen im Schnitt anderthalbmal so hoch wie die Ausgaben für Bildung, Gesundheit und soziale Absicherung zusammen.“

Schuldenkrise versus SDGs

Geld, das für den Schuldendienst abfließt, fehlt im Inland für Investitionen in soziale Bereiche, Infrastruktur oder Maßnahmen zur Bewältigung des Klimawandels. In afrikanischen Ländern sind die Schuldendienstzahlungen im Schnitt anderthalbmal so hoch wie die Ausgaben für Bildung, Gesundheit und soziale Absicherung zusammen. Leidtragende sind damit ganz unmittelbar die Menschen in den betroffenen Ländern.

Die Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung (SDGs), darunter das Ziel, den Hunger bis 2030 weltweit zu beenden, sind ohne umfassende Schuldenerlasse nicht zu erreichen.

Das erkennen sogar die G7-Staaten an, die sich sonst eher schwertun, Zusammenhänge zwischen humanitären Notlagen und der internationalen Finanzpolitik zu ziehen. Beim großen SDG-Halbjahresgipfel diesen September in New York legte die Bundesregierung zur „Rettung“ der SDGs „zwölf Schlüsselbeiträge“ vor, darunter das Common Framework der G20-Staaten. Doch die von der Bundesregie-

rung angeführten angeblichen Initiativen sind altbekannt – und funktionieren nicht. Ein wirklicher „Schlüsselbeitrag“ Deutschlands und ein echtes Signal für die Rettung der SDGs wären entschlossene Schritte für verbindliche und umfassende Schuldenerlasse.

*Malina Stutz ist politische Referentin beim deutschen Entschuldungsbündnis erlassjahr.de, das sich für einen fairen Umgang mit überschuldeten Staaten im Globalen Süden einsetzt. Zum Weiterlesen: *Schuldenreport 2023*, <https://erlassjahr.de>*



Protestaktion vor dem Bundestag zum SDG-Gipfel (© erlassjahr.de)

COVID, Klimawandel, Schulden und Ernährungsunsicherheit: Ein komplexes Zusammenspiel

von Attiya Waris

Der Globale Süden befindet sich in einem Zustand multipler Krisen. Die COVID-Pandemie hat viele Menschen nachhaltig in Armut gestürzt. Der Klimawandel sorgt für die schlimmsten Dürren seit langer Zeit. Um die Folgen kurzfristig aufzufangen, haben private Haushalte wie auch Staaten keine andere Wahl, als sich langfristig in die Schuldenfalle zu begeben.

Ökonomische Schocks gehören zu den Hauptursachen für akute Ernährungsunsicherheit. So wurde die Ernährungskrise im Zuge der COVID-Pandemie 2021 vor allem dadurch ausgelöst, dass weltweit die Lieferketten zusammenbrachen und die Weltmarktpreise für Nahrungsmittel auf neue Höchstwerte stiegen. In vielen Ländern kam es zu einer starken Erhöhung der Nahrungsmittelpreise – insbesondere in solchen mit schwachen Währungen und einer hohen Abhängigkeit von Nahrungsmimporten. Negativ wirkten sich zudem konfliktbedingte Unterbrechungen von Handelsströmen und Grenzsicherungen aus sowie klimawandelbedingte Wetterextreme, welche die Nahrungsmittelproduktion verringerten.

Diese übergeordneten wirtschaftlichen, politischen und klimatischen Faktoren führten zu einer Ernährungskrise und zu akuter Ernährungsunsicherheit für Millionen von Haushalten. In den Fällen von Äthiopien, Südsudan, Jemen sowie Madagaskar spricht der Informationsdienst *Food Security Information Network* (FSIN) gar von Ernährungskatastrophen.

Ein mindestens ebenso wesentlicher Grund für Mangelernährung ist der Klimawandel mit seinen generationenübergreifenden Implikationen – darunter Bodenerosion, schwindende Erträge und Wassermangel. Insbesondere für Mädchen und Frauen, die mindestens 40 Prozent der landwirtschaftlichen Arbeitskraft in den Ländern des Globalen Südens ausmachen, vergrößert sich das Armutsrisiko stark. Die Auswirkungen des Klimawandels zwingen sie beispielsweise, viele Stunden damit zu verbringen, jeden Tag etliche Kilometer zu laufen, um noch vorhandene Wasserquellen aufzusuchen.

Sehr häufig gibt es für diejenigen, die in Armut abrutschen, keinen Ausweg aus der Schuldenfalle. Durch den Klimawandel notwendige Anpassungen der Anbaumethoden und Bewässerungssysteme etwa erfordern den Einsatz von Ressourcen, über die viele Haushalte nicht verfügen, insbesondere Frauen. Um zu überleben, müssen sie sich verschulden und oftmals horrenden, nicht zu bewerkstellenden Zinsen bezahlen.

Das Recht auf Nahrung erfordert Ressourcen

So wie die privaten Haushalte verschulden sich auch ganze Länder, um dringend notwendige Investitionen zu finanzieren. Für die Wahrung des Rechts auf Nahrung beispielsweise ist unter anderem die Errichtung und Instandhaltung von Lebensmittelspeichern essentiell. Diese dienen dazu, Überschüsse zu lagern und sie über staatlich kontrollierte Systeme dorthin zu transportieren, wo sie am dringendsten benötigt werden. Allerdings funktionieren diese Speichersysteme nur, wenn es genügend Überschüsse gibt. Weil Ereignisse wie Dürren und Flutkatastrophen stetig zunehmen, müssen immer mehr Länder immer größere Kredite aufnehmen, um ihre Bevölkerung mit Hilfe zusätzlicher Importe zu versorgen.

Gerechtigkeit im internationalen Finanzsystem

Dem amtierenden Präsidenten der UN-Generalversammlung, Dennis Francis, zufolge kostet das Zusammenspiel aus Schulden, Energieversorgung und nicht-nachhaltigen Ernährungssystemen Afrika jedes Jahr 500 bis 600 Milliarden US-Dollar. Dies ist mehr als das jährliche Nationaleinkommen von 35 afrikanischen Ländern zusammen.

Wir brauchen daher klare menschenrechtliche Richtlinien für den Bereich Verschuldung und Nahrungsmittelversorgung. Staatliche sowie supra-staatliche finanzielle Entscheidungsprozesse müssen transparent und durch partizipative Foren stärker demokratisiert werden. Nur so können wir auf den Weg zu einem gerechten internationalen Finanzsystem gelangen.

Attiya Waris ist Professorin an der University of Nairobi. Seit 2021 ist sie Unabhängige Expertin für die Auswirkungen der Auslandsverschuldung für den UN-Menschenrechtsrat.

Übersetzt und redigiert von Jan Dreier.



Kinder und Frauen besonders von Armut und Mangelernährung betroffen

Auf Haushaltsebene waren von der Pandemie besonders diejenigen betroffen, die einkommensschaffende Tätigkeiten aufgeben mussten. Aber auch lange nach dem Ende der COVID-Restriktionen litten viele Menschen unter Mangelernährung, besonders Kinder. Der stark eingeschränkte Zugang zu sanitären Anlagen, Trinkwasser und Gesundheitsversorgung sowie der Mangel an Nährstoffen in der Muttermilch sorgte für überdurchschnittliche Krankheitsraten. 2021 waren laut dem vom FSIN koordinierten *Global Report on Food Crises* in 23 Ländern knapp 26 Millionen Kinder unter fünf Jahren von akutem Hunger betroffen.

„Die Hungerzahlen sind eine Schande für Brasilien“

Im Oktober war Felipe Campelo, Agrarsoziologe und Koordinator des Bildungszentrums für Agrarökologie und Forstwirtschaft der brasilianischen Landlosenbewegung *Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra (MST)* zu Gast in Köln. FIAN-Referentin Almudena Abascal sprach mit ihm über Agrarökologie, Ernährungssouveränität und die politischen Perspektiven in Brasilien. Übersetzung: Freya Borger

Felipe, Du bist an der *Escola Popular Eugídio Brunetto* tätig. Dort werden agrarökologische Methoden gelehrt. Wie sehen die Prinzipien dort aus und wie unterscheiden sie sich vom agrarindustriellen Modell?

Wir befinden uns dort mitten im atlantischen Regenwald mit seiner großen Artenvielfalt. Der Aufbau der agrarökologischen Siedlungen resultierte aus dem Kampf gegen Monokulturen, Landkonzentration, hohen Pestizideinsatz und Exportorientierung. Die MST tritt dieser Logik, die keinerlei Rücksicht auf die Umwelt nimmt, entgegen. Wir gehen dabei von drei Prinzipien aus: Erstens einem sozialen Kampf, um den Zugang zu Land zu demokratisieren. Zweitens die Wiederherstellung der lokalen Biodiversität, denn nur noch sieben Prozent des atlantischen Regenwaldes sind vorhanden. Und drittens der Produktion gesunder Nahrungsmittel.

Während der Bolsonaro-Regierung fand sich Brasilien wieder auf der UN-Hungerliste. 2022 waren 125 Millionen Menschen von Ernährungsunsicherheit betroffen. Was sind die Gründe?

Das Problem des Hungers ist chronisch. Eine Schande für ein Land wie Brasilien mit einer so großen Produktion von Nahrungsmitteln! Doch diese gehen meist in den Export und dienen nicht der Ernährung. Als Lula 2002 seine erste Regierung bildete, hat er den ärmsten Teil der Bevölkerung in die Wirtschaft integriert und Brasilien aus dem Hungerszenario befreit. Nach dem Putsch von 2016 wurde jedoch eine neoliberale Agenda implementiert und die Hungerbekämpfung gestrichen.

Welche Rolle spielen Agrarökologie und Familienlandwirtschaft bei der Bekämpfung des Hungers?

Familienbetriebe erzeugen 85 Prozent der Lebensmittel, besitzen aber nur 20 Prozent der Agrarflächen. 80 Prozent hingegen liegen in den Händen der Agrarindustrie. Die Stärkung bäuerlicher Familienbetriebe und die Unterstützung für die Produktion gesunder Lebensmittel sind daher von grundlegender Bedeutung.

Lulas Regierung hat 232 neue Pestizide zugelassen und der Produktion von Düngemitteln Priorität eingeräumt. Wie steht die Regierung zur Agrarökologie?

Ein großer Teil des Parlaments, 230 von 530 Abgeordneten, vertritt die Agrarlobby. Die Freigabe von Agrochemikalien erfolgte vor Lulas Amtszeit. Ich finde jedoch die momentane

Ausrichtung auch sehr schwierig. Vergleichen Sie die Haushaltsmittel für die Agrarindustrie (400 Milliarden Real) und für die Familienlandwirtschaft (60 Milliarden Real). Die Förderung der Agrarökologie auf staatlicher Ebene ist nicht sehr stark.

Was sind die größten Bedrohungen für die Agrarökologie?

Das Vordringen der Agrarindustrie und der großen internationalen Konzerne in den Amazonas, in den Cerrado, in den Atlantischen Regenwald, in indigenes Land, in Quilombola-Land und die Landreformsiedlungen.



2023 unterzeichnete die Regierung Lula eine Vereinbarung zu Schulspeisungen. 30 Prozent der Lebensmittel müssen aus der Familienlandwirtschaft stammen. Auf welche Hindernisse stößt die Familienlandwirtschaft?

Es ist ein großes Problem für die Familienlandwirtschaft, Zugang zu Märkten zu erlangen. Die staatlichen Einrichtungen standen schon immer im Dienst der Agrarindustrie. Lula ist der erste Präsident, der der Familienlandwirtschaft einen Platz einräumt. Ich habe es in unserem Camp erfahren: Wir haben Nahrungsmittel produziert, hatten aber große Schwierigkeiten, diese zu verkaufen. In dieser Hinsicht leistet das Schulumahlzeitenprogramm einen großen Beitrag.

Deutschland ist einer der großen Pestizidproduzenten. Aktuell wird ein Exportverbot gefährlicher Pestizide diskutiert. Die Chemie-Industrie behauptet, dass diese notwendig sind, um die Ernährung sicherzustellen. Stimmt das?

Das ist eine große Lüge. Ich arbeite in einer Agrarschule, in der wir zeigen, dass man ohne Gift produzieren kann. Aber man braucht dafür natürlich Wissen und Zugang zu bestimmten Technologien. Das bestehende Landwirtschaftsmodell, das auf Monokulturen basiert, ist nicht an die lokalen Bedingungen angepasst. Wir von der *Escola Popular* und andere haben gezeigt, dass eine andere Art der Produktion möglich ist. Wir haben agrarökologische Siedlungen, die kein Gift verwenden.

Was bedeutet die UN-Kleinbauernerklärung UNDROP für die Bauern und Bäuerinnen?

Die Erklärung versteht den Wissensschatz, den die Bauern und Bäuerinnen über Jahrhunderte hinweg aufgebaut haben, als ein Erbe. Das hat sehr viel mit Ernährungssouveränität zu tun. Die Vielfalt der Lebensmittel ist ein Aspekt, der grundlegend für unsere Existenz auf dem Land ist.

FIAN Sri Lanka: Nahrungskrise und Sparprogramme

Eine der jüngsten und zugleich sehr aktiven FIAN-Sektionen befindet sich in Sri Lanka. Das südasiatische Land wurde im vergangenen Jahr von einer schweren Wirtschaftskrise erschüttert, mit verheerenden Auswirkungen auf die Bevölkerung. Viele Haushalte haben sich verschuldet, um die steigenden Preise für Lebensmittel, Medikamente und Kraftstoffe zahlen zu können. FIAN Sri Lanka setzt sich für die Rechte von marginalisierten Bevölkerungsgruppen, Bäuerinnen und Bauern sowie Fischer*innen ein und kooperiert hierbei auch mit Behörden. Sabine Pabst (FIAN International) sprach mit dem Geschäftsführer Thilak Karyawasam und dem Vorstandsvorsitzenden Sathivel Visvalingam.

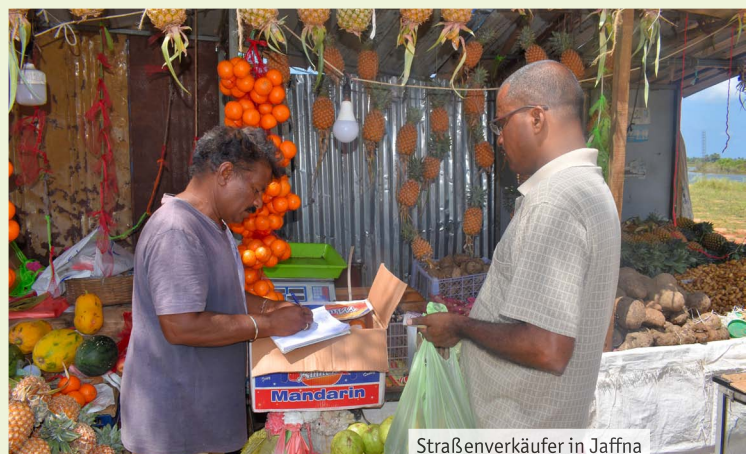
Können Sie die Arbeitsbereiche von FIAN Sri Lanka skizzieren?

Thilak: Im Jahr 2016 gründeten wir zunächst eine FIAN-Gruppe. Von Anfang an hatten wir das Ziel, FIAN Sri Lanka zu etablieren. 2019 wurden wir offiziell als Sektion anerkannt. Aktuell haben wir 43 Mitglieder, dies schließt auch Organisationen mit ein. Anfangs arbeiteten wir in zwölf der 25 Distrikte Sri Lankas. Mittlerweile sind es 14, verteilt auf verschiedene Regionen des Landes. Insbesondere unterstützen wir die Etablierung von Netzwerken zum Recht auf Nahrung. Mittlerweile gibt es 120 Organisationen, die sich teils sehr aktiv in diesen Netzwerken engagieren. FIAN Sri Lanka arbeitet mit verschiedenen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Personen zusammen, insbesondere Gewerkschaften, Plantagenarbeiter*innen, Fischereiorganisationen, Beschäftigten im Bekleidungssektor, mit Kriegswitwen, Kindern und Jugendlichen sowie Menschen mit Behinderung. Auch kooperieren wir mit Vertreter*innen örtlicher Behörden, zum Beispiel den Inspektor*innen für öffentliche Gesundheit, die uns bei der Arbeit zum Recht auf Nahrung unterstützen.

In der ersten Phase unserer Arbeit ging es vor allem darum, zu vermitteln, dass Nahrung ein Menschenrecht ist, und welche Bedeutung und Implikationen damit einhergehen. Nach dieser ersten Phase haben wir nun unseren Ruf gefestigt und einen gewissen Bekanntheitsgrad erreicht.

Wie sieht die Arbeit konkret aus?

Ein Beispiel ist die Situation der Straßenverkäufer*innen. Früher gab es in Sri Lanka ein gut funktionierendes System von Kooperativen. Dieses ist aber im Verschwinden begriffen. Der Fokus liegt stattdessen auf der Etablierung des Supermarkt-konzepts. Insbesondere ärmere Bevölkerungsgruppen können sich die Nahrungsmittel im Supermarkt jedoch nicht leisten. Daher haben wir Dialoge sowohl mit Straßenverkäufer*innen



Straßenverkäufer in Jaffna

als auch mit Konsument*innen geführt und die Menschenrechtsverletzungen analysiert, die mit dem Supermarktsystem einhergehen. Wir unterstützen die Straßenverkäufer*innen, sich gemeinschaftlich zu organisieren und die Qualität der von ihnen angebotenen Nahrungsmittel zu verbessern. Angesichts häufiger Vertreibungen haben wir mit den Behörden zusammengearbeitet, um den Straßenverkäufern*innen garantierte Verkaufsflächen zur Verfügung zu stellen. Zudem haben wir uns für die Verabschiedung gesetzlicher Regelungen und Garantien sowie für Gesundheitsrichtlinien eingesetzt.

Jetzt suchen die örtlichen Behörden den Kontakt zu uns und fragen unsere Unterstützung an, um bei Problemen zu vermitteln. Wir arbeiten auch eng mit anderen Menschenrechtsorganisationen zusammen sowie mit Anwalt*innen und Verbraucherschutzorganisationen.

In Sri Lanka wurde 2019 eine Verfassungsänderung angekündigt. Wie sieht der aktuelle Stand hierzu aus?

Thilak: FIAN Sri Lanka wurde damals gebeten, Vorschläge in Bezug auf die Einbeziehung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Menschenrechte zu machen. Leider wurde das Projekt der Verfassungsänderung nicht weiterverfolgt. Es bleibt zu hoffen, dass es wieder aufgegriffen wird.

Wir hatten aber Erfolg in Bezug auf die Ernährungspolitik Sri Lankas, welche ursprünglich vom Gesundheitsministerium koordiniert wurde. Wir haben stattdessen die Etablierung eines multisektoralen Komitees vorgeschlagen, um Aspekte wie Nachhaltigkeit und Produktion berücksichtigen zu können. Dieser Vorschlag wurde aufgegriffen: 17 Ministerien wurden konsultiert, und eine Abteilung für Ernährungssicherheit geschaffen, die direkt dem Präsidenten unterstellt ist.

Aktuell wird die Verabschiedung eines neuen Nahrungssicherungsgesetzes vorbereitet. FIAN Sri Lanka versucht, Einfluss



Austausch von FIAN mit indigener Gemeinde zum Recht auf Nahrung

auf eine menschenrechtskonforme Ausgestaltung des Gesetzes zu nehmen. Wir haben daher in Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden bisher drei zivilgesellschaftliche Konsultationen auf Distriktebene organisiert. Diese sind explizit nicht nur an CSOs gerichtet, sondern auch an Bauern und Bäuerinnen, Nahrungsmittelhandwerk, Gewerkschaften, Plantagen-, Fischerei- und andere Arbeiter*innen.

Wie lautet Ihre Analyse der Lebensmittel- und Wirtschaftskrise im Jahr 2022?

Thilak: Die Wirtschaft Sri Lankas basierte viele Jahre lang vor allem auf dem Tourismus und dem Export von Plantagenprodukten wie Tee, Kautschuk und Kokos. Nach den Bombenanschlägen zu Ostern 2019 brach der Tourismus ein. Die Investitionen in den Exportsektor gingen zurück, und die Auslandsüberweisungen brachen ein. Dazu kamen die Coronakrise und der Krieg in der Ukraine.

Die Regierung war dadurch nicht in der Lage, an genügend Überbrückungskredite zu gelangen, und kürzte daher bei den Ausgaben: Einen großer Posten (400 Millionen Dollar jährlich) machte der Import von Kunstdünger und Pestiziden aus – ein Hauptgrund für den ungeplanten, abrupten und ohne Unterstützung durchgeführten Übergang zu chemiefreier Landwirtschaft. Viele Landwirt*innen waren unsicher und ließen die Anbausaison lieber ausfallen, und hofften, dass das Verbot chemischer Düngemittel wieder aufgehoben würde.

Zur geringeren Produktion kam die unregelmäßige Preisentwicklung, besonders für importierte Nahrungsmittel, von denen Sri Lanka stark abhängig ist. Leider hat sich die Agrarlobby durchgesetzt und das Verbot von Agrarchemikalien wurde aufgehoben. In dieser Saison gibt es sogar eine kostenlose Ausgabe von Kunstdünger.

Können Sie die derzeitige Situation und die Herausforderungen in Bezug auf das Recht auf Nahrung in Sri Lanka beschreiben?

Visva: Die aktuellen Auflagen von Weltbank und Internationalem Währungsfonds sind gravierend. So müssen zum Beispiel Krankenhäuser an Medizin sparen. Das System des Welternährungsprogramms WFP und der Welternährungsorganisation FAO hat viele Schwachstellen, die wir untersucht haben. Wir kritisieren, dass vor allem importierter Reis und Linsen verteilt werden, obwohl die Reisbauern und -bäuerinnen in Sri Lanka Probleme haben, ihre Ernte zu verkaufen. Angeblich ist dies ein logistisches Problem. Das Öl ist von minderwertiger Qualität.



Fischer in Sri Lanka

In den Schulen wird Reis ausgegeben, der mit Vitaminen angereichert ist – trotz Protesten von Lehrern und Eltern, die lokale Sorten bevorzugen.

Ein weiterer Kritikpunkt ist die Einführung von Nahrungsmittelgutscheinen, die bisher nur in Supermärkten eingelöst werden konnten und damit Produzenten*innen und Vermarkter vor Ort benachteiligen. Erst seit kurzem und nach Protesten sind sie auch in kleineren Läden einlösbar. Durch unser Monitoring konnten wir weitere Probleme dokumentieren: Vielfach gibt es Korruption und Bestechung, so dass man den Eindruck gewinnt, dass all diese Programme eine große Geldverschwendung darstellen.

Haben Sie Vorschläge für die Zusammenarbeit mit FIAN Deutschland und anderen FIAN-Sektionen?

Thilak: Wir hatten einen Austauschbesuch in Nepal zum Thema indigene Völker. Wir haben darüber diskutiert, wie wir die regionale Zusammenarbeit intensivieren können. FIAN Sri Lanka plant eine kritische Bewertung der Strukturanpassungen von Weltbank und IWF, die zu Unterernährung und Nahrungsmittelknappheit führen werden. Wir müssen schauen, wie wir Alternativen fördern können. Außerdem möchten wir eine Expert*innenanalyse der Nahrungsmittelkrise im Land durchführen und brauchen Unterstützung bei der Untersuchung aus verschiedenen Blickwinkeln, insbesondere auch aus internationaler Perspektive.



Proteste gegen die Wirtschaftskrise im April 2022



Konsultation von FIAN mit Gewerkschaften

Recherche- und Vernetzungsreise nach Indonesien

von Mathias Pfeifer

Im Oktober unternahm FIAN-Südostasienreferent Mathias Pfeifer seine zweite Recherchereise nach Indonesien, diesmal begleitet von Geschäftsführer Philipp Mimkes. Neben Treffen mit der FIAN-Schwesterorganisation und anderen indonesischen Menschenrechtsgruppen standen vor allem Besuche bei Gemeinden in Zentraljava, die sich gegen ein von einem deutschen Unternehmen geplantes Zementwerk wehren, sowie bei Kleinbäuer*innen in Südsumatra, die von Landkonflikten im Rahmen einer von der Bundesregierung finanzierten Waldschutzkonzession betroffen sind, im Mittelpunkt der Reise.

Mit 152 Millionen Einwohnern ist Java die am dichtesten besiedelte Insel der Welt. Ein Grund dafür ist die Bodenfruchtbarkeit: Durch die regelmäßige Anreicherung mit Vulkanasche sind die Böden Javas sehr fruchtbar. Am Fuße des Kendeng-Gebirges in Zentraljava ist zudem die ganzjährige Wasserversorgung für die Landwirtschaft durch zahlreiche Quellen aus dem Karstgebiet gesichert. Ausgerechnet hier will die Tochterfirma des deutschen Zementriesen HeidelbergCement, seit kurzem umbenannt in „Heidelberg Materials“, ein riesiges Zementwerk und eine Kalksteinmine errichten. Der großflächige Abbau hätte verheerende Folgen für die lokale Bevölkerung: Mehr als 35.000 Menschen im Distrikt Pati sind für ihre Landwirtschaft und ihr Trinkwasser auf die Wasserquellen des Kalksteinmassivs angewiesen. Mehrere Tausend Menschen stehen zudem vor Vertreibungen von dem Land, auf dem die Zementfabrik und Mine errichtet werden sollen.



Widerstand gegen Zementfabrik geht weiter

FIAN traf sich vor Ort mit Vertreter*innen der lokalen Bürgerinitiative, in der sich betroffene Kleinbäuer*innen und Aktivist*innen zum Schutz des Kendeng-Gebirges vor der Zementindustrie organisieren, sowie mit ihren indonesischen Rechtsberater*innen vom *Semarang Legal Aid Institute*. Im September 2020 reichten die Betroffenen mit Unterstützung von FIAN eine Beschwerde bei der deutschen Nationalen Kontaktstelle für die OECD-Leitsätze für verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln (NKS) ein. In der Beschwerde werden dem DAX-Konzern Verstöße gegen menschenrechtliche Sorgfaltspflichten und Intransparenz vorgeworfen. Die Beschwerdeführer*innen fordern daher eine unabhängige und transparente Umwelt- und Menschenrechtsverträglichkeitsprüfung sowie die Respektierung der Menschenrechte aller betroffenen Gemeinden. In den zähen und vertraulichen Verhandlungen konnte jedoch keine Einigung erzielt werden. Das langwierige Beschwerdeverfahren steht kurz vor dem



Abschluss. Die indonesischen Partner und FIAN warten auf die Veröffentlichung der Abschlusserklärung der NKS, mit der das Verfahren offiziell beendet wird.

Für die betroffenen Gemeinden ist die Sache damit aber noch lange nicht erledigt. „Wir haben eine Verantwortung für den Umweltschutz. Es gibt nichts Dringenderes für uns“, sagt ein Gemeindevertreter. Für viele stehen ihre Lebensgrundlagen auf dem Spiel. FIAN hat mit den Betroffenen und der Rechtshilfeorganisation weitere Schritte und Strategien besprochen. Auch nach Abschluss des OECD-Beschwerdeverfahrens wird FIAN die Kleinbäuer*innen und Indigenen in Zentraljava weiter unterstützen.

Landkonflikte in Waldschutzkonzessionen in Sumatra

Auf Sumatra besuchten wir mit unserer Partnerorganisation *Serikat Petani Indonesia* (SPI) das Dorf Sunghai Jerat in der abgelegenen Harpan-Konzession, wo rund 1.000 Kleinbäuer*innen und SPI-Mitglieder leben, die von Landkonflikten und gewaltsamen Vertreibungen betroffen sind. SPI ist eine der größten Bauerngewerkschaften im Land, die sich für Agrarreformen und die Rechte von Kleinbäuer*innen einsetzt und Agrarökologie fördert (siehe Artikel auf S. 16-17). Die 100.000 Hektar große, von Palmölplantagen umgebene Waldschutzkonzession wurde 2007 als erste *Ecosystem Restoration Concession* (ERC) mit dem Ziel gegründet, degradierte Wälder nachhaltig zu bewirtschaften und die verbliebenen Waldbestände zu schützen. Diese Aufgabe wurde jedoch nicht den lokalen Indigenen und Kleinbäuer*innen übertragen, sondern einem indonesischen Unternehmen namens PT REKI, das von internationalen Naturschutzorganisationen gegründet wurde. PT REKI erhielt vom indonesischen Staat die Lizenz, die Konzession für 95 Jahre zu verwalten. Die Bundesregierung (mit der KfW Entwicklungsbank) ist einer der größten Geber für das Projekt – 14,5 Millionen Euro wurden bereits über die Internationale Klimaschutzinitiative (IKI) bereitgestellt.



Konsultation mit Kleinbäuer*innen in Sungai Jerat

Vertreibungen und Verhaftungen

Durch die mangelnde Einbeziehung der lokalen Bevölkerung in das Projekt und das Ignorieren der Forderungen nach Landumverteilung für Kleinbäuer*innen, die in und um das Konzessionsgebiet lebten, waren Konflikte vorprogrammiert. Bereits 2012 kam es zu einer großangelegten Vertreibung: Mehr als 100 Polizisten und Soldaten verjagten die Kleinbäuer*innen brutal aus dem Konzessionsgebiet. Die Grundschullehrerin Hermina, die 2008 dorthin zog und seit einigen Jahren in der behelfsmäßigen Dorfschule arbeitet, erinnert sich: „Sie kamen ohne Vorwarnung, alle waren überrascht“. Bei der Vertreibung wurden Häuser niedergebrannt, Felder zerstört und die Ernte vergiftet. Es kam zu gewaltsamen Übergriffen. „Die Kinder litten noch Jahre nach der Vertreibung unter dem Trauma“, beklagt die Lehrerin. „Danach gab es im Dorf fast nichts mehr zu essen, nur ein paar Maniokwurzeln sind uns geblieben“, erzählt Hermina uns weiter. Viele verließen das Gebiet, aber die meisten kehrten bald zurück. Wie Hermina besitzen sie kein Land außerhalb der Konzession und wissen nicht, wohin. Auch in den vergangenen Jahren wurden die Kleinbäuer*innen immer wieder Opfer von Verfolgung und Übergriffen. 2019 wurden 19 SPI-Mitglieder willkürlich verhaftet, als auf dem Konzessionsgebiet ein Waldbrand ausbrach. Einer von ihnen war der Bauer Donalianto. Er erzählte uns, wie die Gruppe zwei Wochen lang auf der Polizeistation in einem Raum ohne Dach festgehalten wurde, wo sie schutzlos Hitze und Regen ausgeliefert war. Erst nach Intervention von SPI wurden sie in das reguläre Gefängnis verlegt. Das Unternehmen beschuldigte sie der Brandstiftung. Aus Mangel an Beweisen wurden ihnen schließlich illegale Rodungen von Wald vorgeworfen, nur weil sie im Konzessionsgebiet Landwirtschaft betrieben. Im Mai 2020 kamen die 19 Männer nach sechs Monaten Haft frei – und mussten sich eine neue Existenz aufbauen. Denn ihre Häuser und Felder, eine Schule und eine Kirche waren nach ihrer Verhaftung mit Bulldozern dem Erdboden gleichgemacht worden. 2022 wurden weitere 19 Häuser in der Region niedergebrannt. Im Jahr 2023 brannten Unbekannte die Felder von 60 Familien ab. Die Bauerngewerkschaft ist überzeugt, dass die Täter im Auftrag des Unternehmens handeln. Die Bäuer*innen werden gedrängt, mit PT REKI zusammenzuarbeiten (und damit ihre Besitzansprüche auf das Land aufzugeben) oder das Land an andere zu verkaufen, die dazu bereit sind.

Lösung des Konflikts in greifbarer Nähe

Die Landkonflikte in der Harapan-Konzession sind bis heute ungelöst, die Fronten verhärtet. SPI kämpft weiter für die Anerkennung der Landrechte ihrer Mitglieder im Konzessionsgebiet.

Die jahrelange Lobbyarbeit führte zu ersten Erfolgen: 2021 leitete das Ministerium für Umwelt und Forstwirtschaft erste wichtige Schritte zur Lösung des Konflikts ein. Nach einer Vorprüfung wurden im Rahmen einer neuen ministeriellen Verordnung zur Lösung von Konflikten in Waldgebieten insgesamt 15.000 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche innerhalb des Konzessionsgebietes für die Landumverteilung an Hunderte von Kleinbäuer*innen vorgesehen. Die Erfassung der Haushalte in dem Gebiet durch die Behörden kommt jedoch nur langsam voran. Noch ist fraglich, ob tatsächlich ausreichender politischer Wille seitens der indonesischen Behörden besteht, den Kleinbäuer*innen in der Konzession ihren Zugang zu Land zu sichern. FIAN setzt sich bei der Bundesregierung dafür ein, ihren Einfluss als Hauptgeldgeber des Projekts geltend zu machen, um ein Ende der Vertreibungen und eine Lösung des Konflikts herbeizuführen.



Lehrerin Hermina berichtet von den Vertreibungen.

Workshops und Treffen mit Zivilgesellschaft und Botschaft

Zurück in der Hauptstadt Jakarta traf sich FIAN mit der deutschen Botschaft und verschiedenen Zivilgesellschaftsakteuren, darunter eine Fischer*innengewerkschaft, das indonesische Bergbaunetzwerk und weitere Menschenrechtsorganisationen. Im nahe gelegenen Bogor veranstalteten wir gemeinsam mit FIAN Indonesien einen Workshop zu Interventionsmöglichkeiten im Rahmen des deutschen Lieferkettengesetzes sowie zu verschiedenen Menschenrechtsmechanismen der UN. Referent Mathias Pfeifer führte zudem ein Training zum Thema digitale Sicherheit für die Schwestersektion und weitere Partner durch. Wie auch in vielen anderen Ländern müssen sich Menschenrechtsverteidiger*innen in Indonesien zunehmend gegen Cyberangriffe und digitale Überwachung schützen.



Austausch mit FIAN Indonesien in Bogor

Indonesien: FIAN-Partner fördern Agrarökologie

von Philipp Mimkes

Die indonesische Bauerngewerkschaft SPI unterstützt ihre Mitglieder bei der Umstellung auf Agrarökologie. Die steigenden Preise für Düngemittel und Pestizide machen diesen Schritt für mehr und mehr Landwirte attraktiv. FIAN-Referent Mathias Pfeifer und Geschäftsführer Philipp Mimkes besuchten zwei Schulungszentren, in denen der ökologische Anbau, die Eigenproduktion von Düngemitteln sowie Vertriebskonzepte vermittelt werden. Dank hoher Erträge können die Bäuerinnen und Bauern selbst auf kleinsten Parzellen erfolgreich wirtschaften.

Nach dem Sturz des langjährigen Diktators Suharto wurde Ende der 90er Jahre die *Serikat Petani Indonesia* (SPI) gegründet. Die SPI gehört mit rund einer Million Mitgliedern und zwölf Regionalbüros zu den großen Bauernorganisationen des Landes. FIAN und SPI arbeiten seit vielen Jahren eng zusammen, unter anderem bei der Erarbeitung der UN-Kleinbauernerklärung. Über ein vom Auswärtigen Amt gefördertes Projekt kann FIAN derzeit agrarökologische Schulungen der SPI unterstützen. Diese erfolgen zum einen in einer eigenen Landwirtschaftsschule in Bogor nahe der Hauptstadt Jakarta; dort werden vor allem Schulungspersonal aus den SPI-Regionalstellen sowie Berater*innen der Regierung trainiert. Die Schulungen für die in der SPI organisierten Landwirte erfolgen dezentral über die Regionalbüros.



SPI-Trainer Kusnan erläutert die Schulungen



Ohne Essen geht es nicht: Besuch im SPI-Büro in Tuban

Fruchtbare Böden und hohe Bevölkerungsdichte

Die vielen Vulkane auf der indonesischen Hauptinsel Java gehören zu den gefährlichsten der Welt. Erst im August kam es nahe der Großstadt Yogyakarta zu einem Ausbruch des Merapi. Zugleich sorgt die Vulkanasche für extrem fruchtbare Böden. Die Reis-Ernten liegen auf Weltrekordniveau. Auch die Bevölkerungsdichte in Java ist eine der höchsten weltweit. Ende September besuchte FIAN das SPI-Regionalbüro in Tuban im Osten der Insel. Die Bauerngewerkschaft besitzt dort 2.000 Mitglieder, von denen rund 70 in einer Kooperative organisiert sind. Die Gewerkschaft unterstützt die Landwirte administrativ und organisiert zudem landwirtschaftliche Fortbildungen, die Produktion organischer Düngemittel sowie den Kauf von Saatgut.

Jährlich erhalten in Tuban rund 100 Bäuerinnen und Bauern agrarökologische Schulungen. Diese werden an die Saison angepasst – also nicht in der Erntezeit durchgeführt – und dauern jeweils zwei Monate, mit wöchentlichen Treffen à sechs Stunden. Darüber hinaus gibt es einen engen Austausch mit ausländischen Partnern, darunter aus Indien, Thailand und Kuba. Viele der eingesetzten Methoden stammen aus Südkorea.

Der internationale Wissensaustausch gehört neben der Vielfalt der Anbausysteme und der Schaffung von Kreisläufen zu den Prinzipien der Agrarökologie.

Viele Bäuerinnen und Bauern reagieren zunächst zögerlich. Aufgrund durchschnittlicher Feldgrößen von lediglich 0,3 Hektar können sie sich keinen Rückgang der Erträge leisten. Die hohen Ernten auf den Versuchsfeldern und die geringen Kosten der agrarökologischen Methoden führen jedoch zu Mundpropaganda und wachsendem Interesse: Rund fünf Prozent der Landwirte in Ost-Java haben die Produktion inzwischen umgestellt.

Reiserträge von 20 Tonnen pro Hektar

Schulungsleiter Kusnan wendet bereits seit 2010 agrarökologische Methoden an. Er erläutert, dass biologische Düngemittel aus Bananenblättern und -wurzeln sowie aus Hühnerkot und anderen Tierabfällen gewonnen werden. Zudem hat die SPI zwei Reissorten gezüchtet, die an die Bedingungen zur Trockenbeziehungsweise Regenzeit angepasst sind. Zur Behandlung von Schädlingen züchtet die Kooperative eigene Bakterienkulturen. Häufig vermittelt Kusnan auch in staatlichen Kursen agrarökologische Methoden.



Hoher Arbeitsaufwand: Setzen von Reis-Stecklingen

Wöchentlich muss einmal gedüngt werden. Der Arbeitsaufwand liegt dadurch höher als zuvor. Die Landwirte beschäftigen wegen der niedrigen Feldgrößen jedoch meist keine Landarbeiter. Der zusätzliche Aufwand wird in der Regel selbst übernommen, so dass keine zusätzlichen Ausgaben entstehen.

Demgegenüber stehen drastisch verringerte Kosten: Beim konventionellen Anbau liegen diese bei rund fünf Millionen Rupien (300 Euro) pro Hektar und Jahr, vor allem wegen der stark gestiegenen Düngemittelpreise. Die agrarökologische Produktion hingegen kostet jährlich nur eine Million Rupien (60 Euro). Trotz staatlicher Subventionen für chemische Düngemittel verringern sich die Ausgaben somit deutlich.

Der entscheidende Faktor für die Landwirte sind jedoch die Ernteerträge. Diese liegen zu Beginn der Umstellung etwas niedriger als zuvor. Bereits im dritten Jahr erreichen sie jedoch die Höhe der konventionellen Produktion.

Jährlich sind drei Anbauzyklen möglich; die Erträge liegen bei bis zu zehn Tonnen pro Hektar in der Regenzeit plus zweimal sechs Tonnen in der Trockenzeit. Trotz der geringen Feldgrößen können die Landwirte somit von den Erträgen gut leben. Zumal SPI die Ernten lagert und mit anderen Kooperativen austauscht. Hierdurch werden Zwischenhändler umgangen und Preisschwankungen vermieden. Denn die Landwirte sollen „zu Handelnden werden, nicht zum Objekt anderer“, so Kusnan.

Jambi: Agrarökologie auf Gemeinschaftsland

Auf Sumatra, der größten Insel Indonesiens, konnte FIAN das SPI-Büro in Jambi besuchen. Während anderswo in Sumatra große Teile des Regenwalds abgeholzt wurden und riesige Palmöl-Plantagen dominieren, setzen viele Landwirte dort auf einen diversifizierten Anbau, der nur geringe Inputs erfordert. Auf wenigen Hektar werden Süßkartoffeln, Wasserspinat, Papaya, Ananas, Mais, Kokosnüsse, Taro-Knollen, Bohnen und Ölpalmen angebaut und zudem eine Entenzucht betrieben. Auch hier liegen die Erträge hoch.

Die Bauerngewerkschaft SPI betreibt vor Ort Versuchsfelder mit Mais, Spinat, Erdnüssen, Chilis und Gurken. Organischer Dünger wird aus Gurken, Bananenstauden und Ananas hergestellt. Die Abdeckung der Felder erfolgt durch Bananenblätter statt durch Plastikfolie. Der Insektenschutz wird mit Zwiebeln, Tabakblätter und Ananas gewährleistet; ein hieraus gewonnener Sud wird wöchentlich rotierend eingesetzt. Chili-Pflanzen und Erdnüsse werden in Reihen abwechselnd gepflanzt, da auch hierdurch der Insektenbefall reduziert wird. Der Schutz von Mais erfolgt durch Wasserspinat.



Jambi: Gemüseanbau auf kleinen Parzellen

Die Versuchsfelder sind den Landwirten in der Region gut bekannt, da wegen der in kurzer Zeit verdoppelten Düngerpreise ein hohes Interesse an neuen Anbaumethoden besteht. Die ersten agrarökologischen Schulungen sollen Ende 2023 starten. Mittelfristig sind dezentrale Trainings bei den Mitgliedern der Gewerkschaft geplant. Alle Dörfer verfügen über Gemeinschaftsland. Die SPI setzt sich dafür ein, dass dieses künftig ökologisch bewirtschaftet wird.

Unterstützung von Präsident Widodo

Der Anfang 2024 aus dem Amt scheidende Präsident Joko Widodo hat viele Erwartungen der Zivilgesellschaft nicht erfüllt. Die Ausweisung riesiger Flächen für die Agrarindustrie (*food estates*) und die Aushöhlung von Arbeitsrechten und Umweltschutzvorschriften im Gesetzespaket *Omnibus Law* riefen landesweite Proteste hervor.

Dennoch sucht Widodo immer wieder den Schulterchluss mit Gewerkschaften und Bauernverbänden. So wurde die SPI in eine Arbeitsgruppe zur Umsetzung der indonesischen Landreform und zur Lösung von Landkonflikten berufen; auch hierbei gibt es eine Kooperation mit FIAN. Zudem rief die Regierung als Reaktion auf die COVID-Krise ein Programm für Ernährungssouveränität aus, in dessen Rahmen in jeder Provinz agrarökologische Musterfelder eingerichtet werden. Felder von SPI wurden hierin berücksichtigt und erhalten eine Förderung.



Präsident Widodo am 6. April zu Gast bei der SPI

Im April 2023 wurde die SPI zu einem Austausch über Agrarökologie in den Präsidentenpalast eingeladen. Im selben Monat besuchte Präsident Widodo das SPI-Regionalbüro in Tuban und ließ sich über die agrarökologischen Schulungen unterrichten. Offenbar mit Erfolg: „Was der Bauernverband SPI hier durchführt, kann auch in anderen Gebieten umgesetzt werden. Dadurch werden die Kosten für die Landwirte reduziert und eine Abhängigkeit von chemischen Düngemitteln und Importen verhindert“, so der Präsident nach dem Besuch.

Zur Wahl im Frühjahr 2024 stehen jedoch mehrere Kandidat*innen zur Wahl, die sich für die Ausweitung des Rohstoffabbaus und der industriellen Landwirtschaft aussprechen. Ein langfristiger Erfolg agrarökologischer Anbaumethoden ist also durchaus nicht sicher. FIAN und die Bauerngewerkschaft SPI haben hierzu während der Besuchsreise eine weitere Kooperation vereinbart.

Argentinien: Gesetz für gesunde Ernährung als internationales Vorbild

Argentinien weist enorme Probleme im Zusammenhang mit ernährungsbedingten Erkrankungen auf. Auf Druck sozialer, ökologischer und gesundheitspolitischer Organisationen ist im letzten Jahr ein Gesetz in Kraft getreten, welches die Lebensmittelindustrie regulieren und gesunde Ernährung fördern soll. FIAN hat sich mit Aktivist*innen der Jugendorganisation Consciente Colectivo über die Errungenschaften des Gesetzes und die Herausforderungen bei der Umsetzung ausgetauscht. Ende November wurde der Rechtsextremist Javier Milei zum neuen Präsidenten gewählt; hierdurch wird die Implementierung voraussichtlich weiter erschwert.

Wie tief greift die Ernährungskrise in Argentinien?

Offizielle Zahlen belegen, dass drei Millionen Menschen, etwa sieben Prozent der Bevölkerung, von schwerer Ernährungsunsicherheit und fast acht Millionen Menschen (19 Prozent) von mäßiger Ernährungsunsicherheit betroffen sind. Die Ernährungskrise drückt sich nicht nur in Hunger und einem wirtschaftlich schwierigen Zugang zu Nahrungsmitteln aus, sondern auch in ernstesten Gesundheitsproblemen: Schlechte Ernährung ist die Hauptursache für chronische Krankheiten wie Diabetes, Krebs, Bluthochdruck oder Herz- und Gefäßkrankheiten. Diese verursachen allein in Argentinien 640 Todesfälle pro Tag. Argentinien ist das drittgrößte Land Lateinamerikas und hat den höchsten Verbrauch an ultraverarbeiteten Lebensmitteln. Auch gehört Argentinien zu den Ländern mit dem weltweit größten Verbrauch an zuckerhaltigen Getränken; zugleich verzehren nur sechs Prozent der Bevölkerung die empfohlene tägliche Menge an Obst und Gemüse. Schlechte Ernährung ist somit in allen sozioökonomischen Milieus anzutreffen.

Schlechte Ernährung ist auch ein Risikofaktor für Übergewicht. Besonders gefährdet sind Jugendliche aus benachteiligten Haushalten. UNICEF und die Gesellschaft zum Schutz des Herzens (Fundación InterAmericana del Corazón) kommen zu dem Schluss, dass „die Hauptursache für das Problem der Mangelernährung nicht in einer fehlenden Verfügbarkeit von

Nahrungsmitteln liegt, sondern im Gegenteil in einem Überangebot an Nahrungsmitteln von schlechter Nährstoffqualität“.

Woher kommt die Dominanz der Lebensmittelindustrie?

Um den Verbrauch anzukurbeln, wendet die Industrie verschiedene Strategien an. Eine davon ist irreführende Werbung, die von der Industrie in großem Umfang eingesetzt wird. Im Vergleich zu Erwachsenen konsumieren Kinder und Jugendliche 40 Prozent mehr zuckerhaltige Getränke, dreimal so viele Süßigkeiten und doppelt so viele Backwaren oder Snacks. Fast acht von zehn Kindern gaben an, bei der Nutzung sozialer Medien sehr stark von Werbung beeinflusst zu werden. Kinder sind pro Woche mehr als 60 irreführenden Werbebotschaften ausgesetzt. Eine weitere auf Kinder und Jugendliche ausgerichtete Strategie ist die Einmischung der Industrie in das schulische Umfeld. Der Nationale Ernährungs- und Gesundheitssurvey 2019 weist auf die ernste Situation hin und kritisiert das Fehlen von Vorschriften scharf.

Auch der Staat ist von der Einmischung der Industrie nicht verschont geblieben. Bei öffentlichen Ankäufen, um Lebensmittelpakete an Stadtviertel, Schulen, Kantinen und Suppenküchen zu liefern, können wir feststellen, dass die Auswahl meist aus ultraverarbeiteten Produkten besteht, was die Gesundheit und



Protestaktion von Consciente Colectivo vor dem argentinischen Nationalkongress

die Ernährungsqualität der schwächsten Bevölkerungsgruppen beeinträchtigt.

Gleichzeitig wissen nur 13 Prozent der Bevölkerung, wie man Nährwerttabellen liest. Mangelnde Information, ein schlechtes Angebot an gesunden Lebensmitteln, irreführende Werbung und die Einmischung der Industrie machen es uns unmöglich, gesunde Lebensmittel von solchen zu unterscheiden, die ein Übermaß an kritischen Nährstoffen enthalten. Dies ist von zentraler Bedeutung, um zu verstehen, warum das Gesetz zur Förderung gesunder Ernährung geschaffen wurde: Es ist ein rechtliches Instrument, das Teil einer umfassenderen öffentlichen Politik ist, deren Hauptziel darin besteht, Todesfälle in Verbindung mit schlechter Ernährung zu verhindern.

Wie will das Gesetz das erreichen?

Indem es genau an den Ursachen ansetzt: Erstens soll der Überschuss an kritischen Nährstoffen durch sichtbare schwarze Etiketten markiert werden. Zweitens sieht das Gesetz die Regulierung von Werbung, Verkaufsförderung und Sponsoring für ungesunde Produkte vor, die sich direkt an Kinder und Jugendliche richten. Die Industrie darf keine Cartoons, Zeichentrickfiguren oder Prominente in der Werbung für Produkte verwenden, die einen hohen Anteil an ungesunden Nährstoffen aufweisen und von dieser Altersgruppe konsumiert werden. Drittens wird das schulische Umfeld reguliert, so dass Produkte, die eine Etikettierung enthalten, nicht in Schulen verkauft werden dürfen. Und viertens fordert das Gesetz die Regulierung des öffentlichen Beschaffungswesens durch den Staat. Das Ziel ist, dass eine gesunde Ernährung nicht nur ein Privileg für diejenigen sein sollte, die es sich leisten können.

Ihr findet, dass das Gesetz ein Modell ist, dem man weltweit folgen sollte. Warum?

Zunächst einmal, weil es auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruht, frei von Interessenkonflikten ist und ohne Kooptierung der Industrie entstanden ist. Ein gutes Beispiel ist das Nährwertprofil, denn das Gesetz übernimmt die Empfehlung der Panamerikanischen Gesundheitsorganisation (PAHO), einer auf Gesundheit spezialisierten Einrichtung des interamerikanischen Systems. Bei den Warnhinweisen handelt es sich um leicht lesbare, gut sichtbare schwarze Achtecke, die nicht missverstanden werden können und da sie Verkehrsschildern ähneln, schnell die Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Auf diese Weise können die Verbraucher*innen bessere Kaufentscheidungen treffen, da sie über klare und einfache Informationen verfügen. Die anderen Säulen des Gesetzes, das heißt die Regulierung von Werbung, des schulischen Umfelds, des öffentlichen Beschaffungswesens und der staatlichen Nahrungsmittelhilfe, zeigen, dass das Gesetz weit über die Lebensmittelkennzeichnung hinausgeht. Es soll die Gesundheit der gesamten Bevölkerung und insbesondere der Gruppen schützen, die am meisten von ungesunder Ernährung betroffen sind, also Kinder und Jugendliche sowie die ärmsten Bevölkerungsschichten.

Welche Bündnisse und Advocacy-Strategien waren für die Verabschiedung zentral?

Zunächst haben wir verbündete Akteure identifiziert. Dabei stellten wir fest, dass es vor allem im Gesundheitsbereich eine Vielzahl von Organisationen gibt, die zu diesem Thema arbeiten. Anschließend haben wir über verschiedene

Kommunikations- und Sensibilisierungskampagnen und Aktionen im öffentlichen Raum auf den Gesetzgebungsprozess eingewirkt. Zudem haben wir mit der digitalen Plattform „Aktiviere den Kongress“ eine konkrete Möglichkeit der Bürger*innenbeteiligung geschaffen: Über die Plattform konnte man die Position aller Abgeordneten in Erfahrung bringen. Diejenigen Abgeordneten, die gegen das Gesetz waren, konnten aufgefordert werden, sich für das Gesetz auszusprechen, indem man ihnen eine vorbereitete Nachricht per E-Mail, Twitter oder Facebook schickte.



Warnhinweise für ungesunde Inhaltsstoffe auf Lebensmitteln

Wie läuft die Umsetzung und welche Herausforderungen ergeben sich?

Derzeit ist der Umsetzungsprozess in vollem Gange. Dies ist eine große Herausforderung aufgrund unseres föderalen Regierungssystems, in dem die Provinzen die Gesetze mit ihren Vorschriften in Einklang bringen müssen. Diese Prozesse sind sehr langwierig und bürokratisch, und es gibt kaum Kontrollmöglichkeiten für eine wirksame Umsetzung. Was wir bisher am konkretesten von der Umsetzung sehen, sind Produkte mit Warnstempeln in Supermärkten, Lebensmittelgeschäften und Kiosken.

Aber wir stellen auch Verstöße fest. Gemeinsam mit anderen Organisationen haben wir daher eine Kampagne mit dem Titel *no lo dejemos pasar* (wir lassen es nicht durchgehen) ins Leben gerufen, damit die Verbraucher*innen Verstöße melden können. Ziel ist es, die Bürger*innen in die Lage zu versetzen, die Gesetze um- und durchzusetzen, wenn der Staat versagt. Denn wir sagen: Ein anderes Modell ist möglich. Ernährungssouveränität ist die Möglichkeit, Lebensmittel ohne das Aufzwingen eines globalen Modells zu produzieren und sich für eine nachhaltige Form der Produktion unter sozial-ökologischen Gesichtspunkten zu entscheiden, unter Beteiligung der Bürger*innen und unter Einbeziehung vernachlässigter Sektoren. Der Zugang zu angemessenen, gesunden und schadstofffreien Lebensmitteln sollte ein garantiertes Recht sein und nicht ein Geschäft, das sich auf einige wenige Unternehmen konzentriert, die sich an den von ihnen nicht gedeckten Umwelt- und Gesundheitskosten bereichern.

Consciente Colectivo (deutsch: kollektives Bewusstsein) ist eine sozial-ökologische Jugendorganisation aus Argentinien, welche sich für Ernährungssouveränität einsetzt.

<https://consciente-colectivo.com.ar>

Fragen, Übersetzung und Bearbeitung: Marian Henn

Digitalisierung: Neue Herausforderungen für das Recht auf Nahrung von Philip Seufert

Die Digitalisierung der Landwirtschaft schafft neue Formen der Ausgrenzung für die bäuerliche Nahrungsmittelproduktion und birgt das Risiko, Ungleichheiten weiter zu verschärfen. Eine menschenrechtsbasierte Regulierung ist dringend erforderlich, um das Recht auf Nahrung im digitalen Zeitalter zu gewährleisten.

Eines Morgens im Jahr 2019 wachten die Bewohner*innen von Naya Toli, einem Dorf im Osten Indiens, auf und stellten fest, dass sie über Nacht landlos geworden waren. Diesmal waren es nicht Bulldozer oder bewaffnete Banden, die sie vertrieben hatten, sondern ein staatliches Programm zur Digitalisierung von Grundbüchern. Das neue Register wies 108 Hektar einem früheren Eigentümer zu, der das Land bereits 1973 verkauft hatte. Was auf den ersten Blick wie eine technische Panne aussieht, offenbart ein grundlegendes Problem bei der raschen Einführung digitaler Technologien: Es besteht die Gefahr, dass die Ausgrenzung marginalisierter Gruppen verstärkt und Ungleichheiten vergrößert werden.

Machtungleichgewichte bei digitalen Technologien

Allzu oft hören wir, dass digitale Technologien die Landwirtschaft produktiver, nachhaltiger und effizienter machen und dazu beitragen werden, den wachsenden Hunger zu bekämpfen. Doch bei genauerem Hinsehen wird deutlich, dass solche Versprechen zwiespältig sind. In Wirklichkeit kommt die Digitalisierung nämlich vor allem großen Konzernen zugute. Kleine Lebensmittelproduzent*innen, indigene Völker und andere marginalisierte Gruppen hingegen erleben, dass ihre Daten ohne ihre Zustimmung gesammelt und für die Entwicklung von Produkten und Dienstleistungen verwendet werden, die dann gewinnbringend an sie verkauft werden. Dies verstärkt ihre Abhängigkeit von externen Akteuren und füllt gleichzeitig die Taschen großer Konzerne.

Laut eines Berichts der Vereinten Nationen (UNCTAD) wird die digitale Wirtschaft von wenigen globalen Unternehmen

dominiert. Diese haben eine enorme finanzielle und technologische Macht erlangt, was zu einer extrem ungleichen Verteilung der Gewinne führt. Die Macht ist auch geographisch sehr ungleich verteilt: mehr als die Hälfte der riesigen Datenzentren befinden sich in den USA und China. Auf diese beiden Länder entfallen außerdem 90 Prozent der Marktkapitalisierung der größten digitalen Plattformen der Welt. Dass gerade zwischen ländlichen Gemeinden und multinationalen Technologiekonzernen enorme Machtgefälle bestehen, ist offensichtlich.

Die indische Regierung begann in den 1990er Jahren mit der Digitalisierung von Grundbüchern und startete 2008 ihr ehrgeiziges Programm *Digital India Land Records Modernization Programme* (DILRMP). Bis 2019 hatte der Bundesstaat Jharkhand mehr als 99 Prozent seiner Grundbucheinträge digitalisiert. Da in dem rasanten Prozess jedoch nur 2,3 Prozent des Landes physisch vermessen wurden, verschwanden die Landrechte und -ansprüche vieler Gemeinden, wie zum Beispiel in Naya Toli. Als die Dorfbewohner*innen versuchten, ihre Grundsteuern zu zahlen, wiesen die Beamten sie ab mit der Begründung, dass sie keine Steuern für Land zahlen könnten, das ihnen gemäß DILRMP nicht gehöre. Sie versuchen seitdem unter großen Schwierigkeiten, die Angaben im Register zu korrigieren.

Ländliche Gemeinden in ganz Indien fanden sich in ähnlichen Situationen, insbesondere Kleinbäuer*innen und Indigene, die traditionelle Ansprüche auf Gemeindeland oder kollektive Formen des Landbesitzes haben. Die neuen digitalen Register sind nicht darauf ausgerichtet, diese Vielfalt von Besitzformen zu dokumentieren, wodurch marginalisierte Gruppen weiter entrechtet werden. Indien ist dabei kein Einzelfall: von



Ländliche Gemeinde in Piauí / Brasilien

Brasilien bis Ruanda und von Georgien bis Indonesien stehen die Menschen vor ähnlichen Herausforderungen¹. In einigen dieser Länder unterstützt auch die deutsche Regierung massiv die Digitalisierung der Landverwaltung.

Die Fallstricke der „digitalen Landwirtschaft“

Die Digitalisierung von Grundbucheinträgen ist Teil einer raschen und weitreichenden Umgestaltung der Ernährungssysteme, die manchmal auch als „digitale Landwirtschaft“ bezeichnet wird. So kündigte die indische Regierung 2021 an, dass die neu digitalisierten Grundbücher in ein Programm namens *Agri Stack* integriert werden, eine von der Regierung unterstützte Plattform, die Landdaten, Profile von Landwirt*innen und andere landwirtschaftlich relevante Daten (Wetter, Bodengesundheit, Hydrologie) zusammenführt. Ziel sei die Entwicklung maßgeschneiderter Produkte und Dienstleistungen für Landwirt*innen.

Zu beobachten ist ein Wettlauf um profitable Daten und Technologien. Mehrere der weltweit führenden Agrarunternehmen sind Partnerschaften mit großen Technologieunternehmen wie Alphabet, Microsoft und Amazon eingegangen. Diese stellen die technische Infrastruktur bereit, zum Beispiel Cloud-basierte Systeme und künstliche Intelligenz, die die Grundlage für neue Anwendungen und Dienstleistungen bilden. Digitalisierung heißt eben auch (oder insbesondere), dass die Landwirtschaft weiter kommerzialisiert und an den Interessen finanzstarker Akteure ausgerichtet wird. Auch hier ist Indien ein gutes Beispiel: Im September 2020 verabschiedete das Parlament eine Reihe neuer Gesetze, die den Agrarsektor für Konzerne und Investoren öffneten – genau zeitgleich mit dem Start von *Agri Stack*. Die Entscheidung löste massive Proteste seitens indischer Landwirt*innen aus, die die Regierung letztlich zwingen, die Gesetze wieder zurück zu nehmen.

Ein menschenrechtlicher Rahmen für eine gerechte Digitalisierung

Aus den Erfahrungen in Indien und anderen Ländern lassen sich zwei wichtige Lehren ziehen. Erstens entwickelt sich Technologie nicht in einer Blase, sondern wird von Geld und Macht geprägt, die in hohem Maße in den Händen einiger weniger Unternehmen konzentriert sind. Zweitens gehen die Herausforderungen der Digitalisierung über den Schutz von Daten und Privatsphäre hinaus. Die Digitalisierung hat unmittelbare Auswirkungen auf die Verteilung von Ressourcen und Wohlstand. Sie muss proaktiv gestaltet werden, um unsere Gesellschaften gerechter zu machen, anstatt existierende Ausgrenzung und Diskriminierung zu vertiefen. Es besteht daher ein dringender Bedarf an einer angemessenen, menschenrechtsbasierten Regulierung, die Grundsätze und Standards für die Nutzung digitaler Technologien im Kontext von Ernährung und Landwirtschaft festlegt.

Die Regierungen und die Vereinten Nationen scheinen sich endlich dieser Herausforderung zu stellen. Im Juli 2023 verabschiedete der UN-Menschenrechtsrat die Resolution *New and emerging digital technologies and human rights*. Diese hebt zwar das Potenzial der Technologien hervor, weist aber auch auf die Risiken hin, die sie für die Menschenrechte darstellen können. Ein wichtiger Aspekt ist der ausdrückliche Verweis auf die Auswirkungen auf wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, insbesondere von indigenen Völkern und Landbevölkerung.

Das Büro des UN-Menschenrechtskommissars wird 2024 eine Studie erstellen, um die Risiken digitaler Technologien für zu systematisieren. FIAN wird sich dafür einsetzen, dass das Recht auf Nahrung hierbei angemessene Beachtung findet. Auch der UN-Welternährungsrat (CFS) hat bei seiner Vollversammlung im Oktober 2023 Empfehlungen zur Erhebung und Nutzung von Daten im Zusammenhang mit Ernährung beschlossen². Dies ist das erste Mal, dass sich ein UN-Gremium explizit mit den Auswirkungen der wachsenden Nutzung von Daten auf das Recht auf Nahrung beschäftigt. Die zivilgesellschaftlichen Akteure, die an den Verhandlungen teilnahmen – unter ihnen FIAN – kritisieren zwar, dass die Empfehlungen nicht die Dominanz digitaler Unternehmen widerspiegeln und vom Narrativ der *data gaps* durchdrungen sind, wonach mehr Daten zwangsläufig zu besserer Ernährungssicherheit führen. Aber immerhin heben die Empfehlungen explizit die Rolle von Kleinbäuer*innen, Indigenen und anderen Nahrungsmittelproduzent*innen hervor und erkennen an, dass solche Daten mit bäuerlichem und indigenem Wissen, Innovationen und Praktiken verbunden sind, die durch internationales Recht geschützt sind.



Die Staaten weigerten sich zwar, in den Empfehlungen konkrete Maßnahmen zu formulieren, um die Rechte von kleinen Lebensmittelproduzenten und indigenen Völkern zu schützen. Aber sie stellen immerhin klar, dass die Prinzipien des Rechts auf Nahrung auch im Zusammenhang mit Daten gelten müssen. Damit erkennen sie an, dass die durch die Digitalisierung aufgeworfenen Fragen von Natur aus politisch sind. Wir können es nicht Unternehmen überlassen, die Zukunft unserer Gesellschaft zu gestalten. Die jüngsten Beschlüsse von Menschenrechtsrat und Welternährungsrat sind ein erster Schritt in Richtung einer menschenrechtlichen Regulierung datenbasierter Technologien. Spätestens ab jetzt ist dies ein wichtiger Teil des Kampfes für das Recht auf Nahrung.

Philip Seufert arbeitet bei FIAN International zu Land, Biodiversität und Digitalisierung. Siehe auch: "How Digital technologies affect the Human Rights of Peasants and Small-Scale Food Producers (FIAN International, 2023)"

1 FIAN International (2020): Digitalization, Land and Human Rights. Case Studies from Brazil, Indonesia, Georgia, India and Rwanda <https://www.fao.org/3/nn152en/nn152en.pdf>

2

Kostenlose Schulmahlzeiten für alle

von Julia Kocher und Elisabeth Jost

FIAN Österreich hat gemeinsam mit internationalen Partnerorganisationen Forderungen für kostenlose, gesunde und nachhaltige Schulessen in der Europäischen Union erarbeitet. Die Umsetzung wäre ein wichtiger Schritt gegen Kinderarmut und für das Recht auf Nahrung. Mit Schulmahlzeiten aus kleinbäuerlicher und agrarökologischer Produktion kann zudem der Übergang zu einem nachhaltigen Ernährungssystem gefördert werden.

Die Kinderarmut in der EU nimmt zu. Die steigenden Lebensmittelpreise machen es für einkommensschwächere Haushalte immer schwieriger, die tägliche gesunde Ernährung ihrer Kinder zu gewährleisten. Mit einer kostenlosen und vor allem gesunden Schulmahlzeit für alle Schüler*innen kann die EU sicherstellen, dass alle Kinder täglich zumindest eine gesunde Mahlzeit bekommen – und dies unabhängig von Herkunft und Familieneinkommen. Eine Umsetzung unter Einhaltung verbindlicher Mindeststandards im Hinblick auf eine agrarökologische und kleinbäuerliche Produktion fördert außerdem ein nachhaltiges Ernährungssystem.



Forderungen nach kostenlosen Schulmahlzeiten

Armut wird vererbt. Kostenlose Schulmahlzeiten sind ein wichtiger Hebel, um den Kreislauf der Kinderarmut zu durchbrechen und soziale Stigmatisierung zu verringern. Durch Standards für gesunde Schulessen, welche Kriterien von Saisonalität und Frische enthalten, kann frühzeitig eine gesunde Ernährungsweise etabliert und Adipositas oder Diabetes vorgebeugt werden. Langfristig entlastet dies auch die öffentlichen Gesundheitssysteme. Für die Umsetzung müssen jedoch ausreichende öffentliche Mittel bereitgestellt werden. Beispiele aus Estland, Kroatien oder Schweden zeigen, dass dies möglich ist.

Industrielle Lebensmittelsysteme sind verantwortlich für Bodenverschmutzung, Klimawandel, den Verlust von biologischer Vielfalt und übermäßigem Wasserverbrauch. Kostenlose Schulessen hingegen bieten zusätzlich zu sozialen und gesundheitlichen Vorteilen einen Hebel zur Unterstützung lokaler, widerstandsfähiger und nachhaltiger Agrar- und Ernährungssysteme. Dies wird ermöglicht, wenn klare Kriterien für die öffentliche Lebensmittelbeschaffung formuliert und eingehalten werden, wie beispielsweise ein Mindestanteil an biologisch und agrarökologisch erzeugter Lebensmittel aus kleinbäuerlicher Produktion sowie Mindestkriterien für das Tierwohl.

Wichtiger Schritt für die Ziele der EU

Es bedarf außerdem eines öffentlichen Beschaffungswesens für Lebensmittel, das durch verbesserte Ausschreibungsverfahren, Teilnahmevoraussetzungen und Liefervorgaben leichter zugänglich für kleinbäuerliche Betriebe ist. Dies würde Kleinbäuer*innen die Möglichkeit geben, Produkte zu fairen Preisen anzubieten. So kann ein Beitrag zum Erhalt regional eingebetteter und nachhaltiger landwirtschaftlicher Betriebsstrukturen geleistet werden.

Die EU-Mitgliedsstaaten müssen die Schulen und andere relevante Akteur*innen bei der Umsetzung und der Einhaltung von Mindeststandards unterstützen. Auch hierfür muss ein ausreichendes Budget bereitgestellt werden, das außerdem die erforderlichen Verbesserungen in der Schulinfrastruktur ermöglicht.

Die EU verpflichtet sich im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, gegen Ungleichheiten und soziale Exklusion vorzugehen und sich für die menschliche Gesundheit und den Umweltschutz einzusetzen¹. Eine kostenlose, gesunde und nachhaltige Schulmahlzeit für alle Kinder ist ein wichtiger Schritt, diesen Zielen näher zu kommen und vor allem ein wichtiger Hebel für die Umsetzung des Menschenrechts auf Nahrung.

Projekt für ein nachhaltiges Ernährungssystem

Die Arbeit von FIAN Österreich hierzu wurde mit Mitteln aus dem Forschungs- und Innovationsprogramm Horizont 2020 der Europäischen Union gefördert. COACH steht für Collaborative Agri-food Chains und ist ein dreijähriges Projekt, welches sich mit Agrar- und Lebensmittelinitiativen im Ernährungssystem beschäftigt.

Das von der EU geförderte Projekt stärkt die Zusammenarbeit von Landwirtschaft, Verbräucher*innen, lokalen Behörden und vielen weiteren Akteur*innen, um kurze Agrar- und Lebensmittelketten aufzubauen. Dies soll die Position der Landwirt*innen stärken und gleichzeitig Vorteile für Verbraucher*innen schaffen. Kurze Versorgungsketten, die Stärkung zivilgesellschaftlicher Netzwerke und eine nachhaltige Lebensmittelbeschaffung im öffentlichen Sektor sind die zentralen Themenschwerpunkte des Projekts.

Ausführliches Dossier:

<https://fian.at/de/publikationen/bestellen-download/kostenlose-schulmahlzeiten/>

¹ Europäische Union (2012): S. 53-54; <https://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:12012E/TXT:en:PDF>

FIAN Kontakt

FIAN Deutschland • Gottesweg 104 • 50939 Köln • Tel.: 0221-474491-10 • Fax 0221-474491-11 • info@fian.de • www.fian.de

Geschäftsstelle

Almudena Abascal, Fallarbeit Lateinamerika
a.abascal@fian.de, Tel.: 0221 – 474491-13

Jan Dreier, Webseite, Öffentlichkeitsarbeit
j.dreier@fian.de, Tel.: 0221-474491-10

Gertrud Falk, Jahresthema, Bildungsarbeit, Gender, Multiplikator*innen, Pressekontakte
g.falk@fian.de, Tel.: 0221 – 474491-15

Sandra Falkenau, Finanzverwaltung
s.falkenau@fian.de, Tel.: 0221 – 474491-14

Marian Henn, Lateinamerika, Bildungsarbeit
m.henn@fian.de, Tel.: 0221 – 474491-10

Roman Herre, Landwirtschaft, Landkonflikte, Welternährung, r.herre@fian.de, Tel.: 0221 – 474491-13

Barbara Lehmann-Detscher, Spenden, Mitgliedschaft, Fundraising, Bildungsarbeit
b.lehmann-detscher@fian.de, Tel.: 0221 – 474491-16

Philipp Mimkes, Geschäftsführung, Fallarbeit, Öffentlichkeitsarbeit, Redaktion FoodFirst
p.mimkes@fian.de, Tel.: 0221 – 474491-20

Mathias Pfeifer, Fallarbeit Südostasien
m.pfeifer@fian.de, Tel.: 0221 – 474491-13

FIAN-Beirat

Prof. Dr. Remo Klinger, Rechtsanwalt und Honorarprofessor der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde

Christine von Weizsäcker, Biologin, Vorsitzende Ecoropa

Wolfgang Kaleck, Menschenrechtsanwalt, Generalsekretär ECCHR

Prof. Dr. Michael Krennerich, Lehrstuhl für Menschenrechte und Menschenrechtspolitik (Uni Erlangen-Nürnberg), 1. Vorsitzender Nürnberger Menschenrechtszentrum

Prof. Dr. Maria Müller-Lindenlauf, Agrarwissenschaftlerin mit Fachgebiet Agrarökologie (Hochschule Nürtingen-Geislingen)

Prof. (em) Dr. Franz Segbers, Sozialethiker

Prof. Dr. Stefan Selke, Soziologe (HAW Furtwangen)

Dr. Brigitte Hamm, Politikwissenschaftlerin, ehem. Institut für Entwicklung und Frieden (Uni Duisburg)

Dr. Rainer Huhle, Politologe, ehem. Mitglied UN-Ausschuss gegen das Verschwindenlassen, Vorstand Nürnberger Menschenrechtszentrum

Prof. (em) Dr. Hanns Wienold, Soziologe, Ernährungsexperte für Lateinamerika und Südasiens

Prof. Dr. Anne Lenze, Sozialrechtlerin (Hochschule Darmstadt)

Dr. Steffen Kommer, Jurist, Autor „Menschenrechte wider den Hunger“

FIAN Lokalgruppen

Berlin, Maren Staeder, info@fian-berlin.de

Kontakt Hamburg: Heiko Hansen, heiko.hansen@mailbox.org

Heidelberg, Charlotte Dreger, charlottedreger@posteo.de

Marl, Klaus-Dieter Hein, kghein@t-online.de

München, Arne Klevenhusen, fian@muenchen-mail.de

Münsterland, Kontakt: info@fian.de

Rheinland, fian_rheinland@web.de

Tübingen, Harald Petermann, fian-tuebingen@web.de

FIAN Arbeitskreise

AK Agrar, Roman Herre, r.herre@fian.de

AK Bildung, Barbara Lehmann-Detscher, b.lehmann-detscher@fian.de

AK Gender, Gertrud Falk, g.falk@fian.de

AK Klima, Jeanette Schade, jeanette.schade@posteo.de

AK Jurist*innen, Tim Engel, tim.engel@arcor.de

Fallarbeitsgruppe Ecuador, Sini Bodemer, sini.bodemer@fian-berlin.de

Team Fallarbeit, Philipp Mimkes, p.mimkes@fian.de

bitte
ausreichend
frankieren

FIAN Deutschland e.V.
Gottesweg 104
50939 Köln

Name
Straße
PLZ/Ort
Telefon
E-Mail
Geburtsdatum (für Statistik)

Bitte tragen Sie Ihre vollständige Anschrift ein, für die Angabe einer E-Mail-Adresse und/oder Telefonnummer wären wir Ihnen sehr dankbar. Ihre Daten werden nicht weitergegeben und nur zu vereinsinternen Zwecken verwendet!



www.fian.de



fiandeutschland



fiandeutschland



fiangermany



Initiative
Transparente
Zivilgesellschaft

Ist Ihre Anschrift noch aktuell? Teilen Sie uns Änderungen bitte rechtzeitig mit!

ISSN 1611-5880

Termine

- 20. Januar **FIAN-Aktiventreffen, Köln**
- 3. Februar **Seminar „Gefangen im Soja-Silo“, Köln**
- 19. Februar **Vortrag „Menschenrechtliche Folgen des Bauxitabbaus in Guinea“**
DGB/attac Dortmund
- 24. Februar **Saatgutfestival, VHS Köln**
- 15.-17. März **Bildungsmethoden zum Menschenrecht auf Wasser“, JH Bonn**
- 26.-28. April **FIAN-Mitgliederversammlung, JH Kassel**

Informationen zu Anmeldung und Anfangszeiten: info@fian.de

Der Schwerpunkt des Hefts sowie weitere Artikel wurden gefördert von der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen, Brot für die Welt sowie durch ENGAGEMENT GLOBAL mit Mitteln des BMZ.



Für den Inhalt ist allein FIAN Deutschland e.V. verantwortlich. Die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, der Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW oder von Brot für die Welt wieder.

Ich möchte FIAN-Mitglied werden

Die Mitgliedschaft beinhaltet die Zusendung des FoodFirst-Magazins

Mein Jahresbeitrag: 60 Euro 120 Euro _____ Euro

Ich möchte meinen Beitrag erhöhen

Ab dem _____ erhöhe ich meinen Beitrag um _____ Euro pro Monat.

Ich möchte das FoodFirst abonnieren

als Druckexemplar pdf-Abo an:

E-Mail _____

Abo-Jahresbeitrag: (Bei Auslandsversand zzgl. 10 Euro)

15 Euro Standardabo 30 Euro Förderabo

Ich erteile FIAN eine Einzugsermächtigung

SEPA-Lastschriftmandat: Ich ermächtige FIAN Deutschland e.V., Gottesweg 104, 50939 Köln, Gläubiger-Identifikationsnummer DE22ZZZ00000081635, wiederkehrende Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von FIAN Deutschland e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Meine Zahlungsweise:

jährlich halbjährlich vierteljährlich monatlich

KontoinhaberIn

Kreditinstitut (Name und BIC)

IBAN: DE __ | ____ | ____ | ____ | ____ | ____

Datum

Unterschrift

Impressum

Herausgeber: FIAN Deutschland e.V.
Tel.: 0221 – 474491-10 • Fax 0221 – 474491-11
www.fian.de • info@fian.de

Ausgabe 4/2023 • Erscheinungsdatum: Dezember 2023

Namentlich gekennzeichnete Beiträge spiegeln nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider.

Redaktion: Philipp Mimkes, Jan Dreier
V.i.S.d.P.: Philipp Mimkes
Layout: Silvia Bodemer
Lektorat: Philipp Mimkes, Jan Dreier
Fotos: © FIAN oder s. Bildunterschrift
Titelbild: Protestaktion in Lusaka (© GCAP Sambia)
Druck: Basisdruck GmbH, Duisburg, auf 100% Recyclingpapier

Erscheinungsweise: 4 Ausgaben/Jahr
Druckauflage: 1.700 • Einzelpreis: 4,00 Euro Schutzgebühr
Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten
Abonnement: 15,- Euro Standardabo, 30,- Euro Förderabo
Auslandsversand: zzgl. 10,- Euro
Die nächste Ausgabe erscheint im März 2024.

Spendenkonto FIAN Deutschland:
GLS-Bank Bochum
IBAN: DE84 4306 0967 4000 444400 • BIC: GENODEM1GLS